

Jürgen Schmidt

## Zivilgesellschaft, sozioökonomische Spannungslinien und sozial-moralisches Milieu

Arbeiterbewegung und Arbeiterparteien in Deutschland von 1860 bis 1914

Am Anfang war die soziale Lage. So hätte man in den 1960er und 1970er Jahren, ja bis in die 1980er Jahre hinein bedenkenlos einen Aufsatz zur Entstehung sozialistischer Arbeiterparteien im 19. Jahrhundert beginnen können. Nicht mehr Ideen, Programme und Organisationsstatuten standen im Mittelpunkt der Forschung, sondern die sozioökonomische Fundierung der Arbeiterbewegung. Auch Klassenbildungsmodelle gingen von den unterschiedlichen sozialen Lagen in der Gesellschaft aus, konstatierten daraus resultierende unterschiedliche Bewusstseinslagen, die wiederum zur Formierung politischer Organisationen führten. Die teleologische Zwangsläufigkeit hinter solchen Modellen rief Widerspruch hervor, es entstanden offenere Vorstellungen über die Entwicklung von sozialen Klassen. Eine gemeinsame soziale Lage als Lohnarbeiter etwa konnte, aber musste keineswegs zwingend zu gemeinsamem sozialen Bewusstsein führen; überhaupt war der Übergang in den Lohnarbeiterstatus in Deutschland ein Prozess, der im 19. Jahrhundert noch keineswegs vollständig abgeschlossen war und manche Berufsgruppen wie die der Dienstmädchen kaum tangierte. Das Bewusstsein, nur zusammen mit anderen Menschen, die sich in ähnlichen Ungleichheitsebenen befanden, etwas bewirken zu können, konnte wieder verschwinden, ein Übergang zu festeren (politischen) Organisationsformen ausbleiben. Obwohl zusätzliche Elemente als zentrale Dimensionen in den Klassenbildungsprozess, zum Beispiel Sprache und Kultur, integriert wurden, gingen solche Ansätze dennoch explizit von der sozioökonomischen Lage für politische Organisationsprozesse aus.<sup>1</sup> Vor allem in einer erweiterten, modifizierten Form des Klassenbildungsmodells ergaben sich Annäherungen an das Konzept des sozialen Milieus. Denn auf der »Basis von *Klassenbeziehungen* [bilden sich] häufig besonders stabile und sozial spezifische milieuartige Zusammenhänge«.<sup>2</sup> In den sozialen Milieus finden »*Gruppen Gleichgesinnter zusammen, die gemeinsame Werthaltungen und Mentalitäten aufweisen und auch die Art gemeinsam haben, ihre Beziehungen zu Mitmenschen einzurichten und ihre Umwelt in ähnlicher Weise zu sehen und zu gestalten*«.<sup>3</sup> Die Realität unterschiedlicher sozioökono-

1 Hartmut Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1978, S. 12ff.; Jürgen Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin 1983, S. 23–30; Jürgen Kocka, Arbeitsverhältnisse und Arbeitsexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990, S. 4f.; Thomas Welskopp, Ein modernes Klassenkonzept für die vergleichende Geschichte industrialisierender und industrieller Gesellschaften, in: Karl Lauschke/Thomas Welskopp (Hrsg.), Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994, S. 48–106; Thomas Welskopp, Klasse als Befindlichkeit? Vergleichende Arbeitergeschichte vor der kulturhistorischen Herausforderung, in: AfS 38, 1998, S. 301–336; Geoff Eley/Keith Nield, The Future of Class in History. What's Left of the Social?, Ann Arbor 2007, S. 1ff. und 19ff.

2 Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000, S. 49 (Hervorhebung im Original).

3 Zusammenfassend: Stefan Hradil, Soziale Ungleichheit in Deutschland, Wiesbaden 2005, S. 45 (Hervorhebung im Original).

mischer Interessenlagen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten wurde zu einem zentralen Deutungsmuster für die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft sowie für die gemeinsamen Erfahrungen von Benachteiligung und unstabilen Lebenslagen im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Die Kritik am Kapitalismus führte zu eigenen programmatischen Konzepten und ideologischen Zukunftsentwürfen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Werte wie Solidarität und der Wunsch nach Veränderung wurden von den sozioökonomisch benachteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen geteilt. Eben daher war es möglich, dass sich ein eigenes Milieunetz aus Vereinen, Organisationen und Personen bildete. Auch die Parteienforschung konstatiert, dass sozioökonomische Spannungslinien (»cleavages«) zwischen Arbeitern und Unternehmern dann zu einem Politisierungsschub und zu einem dauerhaften Parteiensystem beitragen können, wenn »sie kulturell aufgeladen, erfahren und ausgedeutet werden«.<sup>4</sup> Bei der deutschen Sozialdemokratie war dies mit dem Auf- und Ausbau eines sozialmoralischen Milieus, das im späten Kaiserreich seinen Höhepunkt erlebte, der Fall gewesen.<sup>5</sup> Deutlich wird damit aber auch, dass die beiden Konzepte »Klasse« und »Milieu« nicht als unvereinbare Antipoden nebeneinanderstehen müssen, sondern in ein produktives Spannungsverhältnis gebracht werden können.

Am Anfang war die Zivilgesellschaft. Jüngere Untersuchungen sprachen parteipolitischen Organisationen und ihrem Entstehungskontext einen sehr viel stärkeren politisch autonomen Status zu. Die frühe deutsche Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie beispielsweise sei stark von selbstständigen Handwerksmeistern, Intellektuellen und Bildungsbürgern geprägt gewesen; eine Rückbeziehung dieser parteipolitischen Richtung auf die gemeinsame soziale Lage als (Lohn-)Arbeiter daher zu hinterfragen. Parteien müssten sehr viel stärker in ihren eigenen politischen Arenen, Funktions- und Kommunikationszusammenhängen untersucht werden, um ihre Entwicklungstendenzen zu verstehen. Die Arbeit der »Milieuführer«, »Milieunetzwerker« und »Milieuvermittler« war in der Gründungsphase der Arbeiterbewegung zu einem Großteil ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement.<sup>6</sup> Vor allem als sich das 140-jährige Jubiläum der Gründung des »Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins« (ADAV) im Jahr 2003 mit der verstärkten Thematisierung der Zivilgesellschaft in der deutschen Öffentlichkeit überschneidet und programmatische Äußerungen von Gerhard Schröder in Richtung einer »zivilen Bürgergesellschaft« tendierten<sup>7</sup>, wurde dieses Interpretationsmuster auf die frühe Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung ange-

4 *Karl Rohe*, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992, S. 24. Allerdings müssen gesamtgesellschaftliche »cleavages« keinesfalls mit *einem* Milieu zusammenfallen. Vielmehr können sie angesichts ihrer grundsätzlichen Konfliktdimension sogar unterschiedliche Milieus zusammenführen.

5 Zum Begriff des sozialmoralischen Milieus: *M. Rainer Lepsius*, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80; allgemein zum Milieukonzept vgl. *Helmut Bremer/Andrea Lange-Vester* (Hrsg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, Wiesbaden 2006; *Klaus Tenfelde*, Historische Milieus – Erbllichkeit und Konkurrenz, in: *Manfred Hettling/Paul Nolte* (Hrsg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 247–268. Zur Nutzung des Milieukonzepts in diesem Beitrag vgl. unten Teil II.

6 *Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit, passim; *Anja Kruke*, »Vom Rand in die Mitte«? Kommunikationstheoretische Perspektiven auf soziale Bewegungen, Vortrag zur Tagung »Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in den Geschichtswissenschaften«, Bochum, April 2009; *Klaus Nathaus*, Organisierte Geselligkeit. Deutsche und britische Vereine im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2009, S. 11–17.

7 *Gerhard Schröder*, Die zivile Bürgergesellschaft. Zur Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 47, 2000, S. 200–207.

wendet.<sup>8</sup> Gleichzeitig ließ sich diese Blickrichtung auf die Arbeiterbewegung mit kulturgeschichtlichen Fragen verbinden, wie sie mit dem »cultural turn« als einflussreichem paradigmatischem Ansatz in der Geschichtswissenschaft diskutiert wurden. Feste, Geselligkeitsformen, Debatten- und Vereinskultur flossen in die Darstellung ein.<sup>9</sup>

Mit solchen Ansätzen zur Erforschung der Arbeiterbewegung verschwanden zwar Fragen nach sozialer Ungleichheit und sozialer Lage der Arbeiterschaft nicht, wurden aber in den Hintergrund gedrängt. Auch wenn die frühe deutsche Arbeiterbewegung in ihrer sozialen Zusammensetzung keine Klassenbewegung war, sondern Intellektuelle, Selbstständige, Meister, Gesellen und Lohnarbeiter zusammenbrachte, die als zivilgesellschaftliche Akteure republikanisch-demokratische Werte vermittelten<sup>10</sup>, interpretierten diese Akteure der frühen Arbeiterbewegung ihre Gesellschaft als Klassengesellschaft und speisten ihr politisches Engagement eben auch und vor allem aus der klassenspezifischen sozioökonomischen Ungleichheit der Gesellschaft. Diese Gleichzeitigkeit von demokratisch-republikanischem Politikverständnis und sozialen »Brot-und-Butter-Fragen« gilt es bei der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung stärker im Blick zu behalten. Hinzu kommt, dass sich mit Blick auf das lange 19. Jahrhundert der Trend hin zu einer Klassenbewegung der Lohnarbeiter deutlich abzeichnete. Um der Vielfalt der Zugänge zur Geschichte der Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert sowie der Komplexität und den Widersprüchen in der Ausbildung eines sozialmoralischen Milieus im 19. Jahrhundert gerecht zu werden, sondiert dieser Beitrag Strukturen, Verhalten, Werte, Kultur und Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf zwei unterschiedlichen Ebenen. Er stellt die Frage: Welchen Ort in der Gesellschaft nahm die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert ein? Wie entwickelte das Milieu Stabilität und Geschlossenheit, die bis in die unmittelbare Vorkriegszeit des Ersten Weltkriegs hielt? Im ersten Teil wird die sozialistische/sozialdemokratische Arbeiterbewegung aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive vorgestellt, die einen gesellschaftlichen Akteur analysiert, der sich durch bürgerschaftlich-politisches Engagement auszeichnet und zur Partizipation und Teilhabe ausgegrenzter Gesellschaftsgruppen beitrug. Im zweiten Teil wird das sozialdemokratische Milieu besonders mit Blick auf seine Hochphase nach 1890 in einer lokalen Fallstudie dargestellt, dabei das Mit- und Gegeneinander der beiden zentralen Akteure des Milieus, der Gewerkschafts- und der Parteibewegung, in die Interpretation und Analyse einbezogen und es werden die sozioökonomischen Spannungslinien berücksichtigt. Abschließend wird nach dem Wechselspiel und dem Zusammenwirken dieser beiden Darstellungs- und Analyseebenen gefragt werden.

Obwohl sich der am 23. Mai 1863 gegründete ADAV als Verein bezeichnete, trug er unverkennbar Merkmale einer Partei.<sup>11</sup> Der Parteiführer Ferdinand Lassalle grenzte sich

8 Jürgen Schmidt, *Zivilgesellschaft und nicht-bürgerliche Trägerschichten. Das Beispiel der frühen deutschen Arbeiterbewegung (ca. 1830–1880)*, WZB Discussion Paper, Berlin 2004; der folgende erste Teil hat dieses Discussion Paper zur Grundlage. Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit*, S. 230ff.

9 Siehe jetzt auch Karin Huser, *Bildungsort, Männerhort, politischer Kampfverein. Der deutsche Arbeiterverein »Eintracht Zürich« (1840–1916)*, Zürich 2012, S. 296ff. und 303ff.

10 Dies ist die zentrale These von Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit*.

11 Zur Begrifflichkeit und Definition sowie zum Wandel der Parteien vgl. Klaus von Beyme, *Partei, Faktion*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1978, Bd. 4, S. 677–733; Winfried Becker, *Pars pro toto? Die Entwicklung der Parteien vom Honoratiorenklub zur Massenbewegung und der demokratische Staat*, in: Ulrich Lappenküper/Joachim Scholtyseck/Christoph Studt (Hrsg.), *Masse und Macht im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2003, S. 103–125; Ulrich von Alemann/Philipp Erbentraut/Jens Walther, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, 4., vollst. überarb. u. aktual. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 9–12.

damit auch von der Idee einer über Kongresse, gewissermaßen basisdemokratisch legitimierten Bewegungsidee ab. Der ADAV gab sich eine feste Organisationsstruktur, vertrieb eine eigene Zeitschrift und forderte eine formelle Mitgliedschaft. Dies allein unterschied ihn noch nicht von anderen Vereinen, doch lautete das eindeutig formulierte Ziel seines ersten Präsidenten: »Der Arbeiterstand muss sich als selbstständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Lösungswort und Banner dieser Partei machen.«<sup>12</sup> War dem ADAV damit der Parteicharakter inhärent, muss er – wie die Gegenorganisation »Vereinstag deutscher Arbeitervereine« (VDAV) – aber gleichzeitig als Teil einer umfassenderen Arbeiterbewegung gesehen werden. Was »analytisch scharf getrennt werden« müsste – Partei und Bewegung –, erwies sich »in der politisch-sozialen Realität [...] in oft verwirrender und zuweilen irritierender Weise miteinander verknüpft«.<sup>13</sup> Denn die Arbeiterparteien waren eben keineswegs nur auf die »eigentliche« Parteiarbeit begrenzt, sondern wirkten auf die Mobilisierung der Arbeiterschaft, forderten und förderten die Umgestaltung der Gesellschaft, waren also »Bewegungsparteien«, die ihrerseits auf die Bewegung der Arbeiter in wirtschaftlichen Kämpfen, in ihrem Bestreben nach Bildung, Anerkennung und Respekt angewiesen waren.<sup>14</sup> Je nach Kontext und Argumentationsebene wird im Folgenden daher sowohl von »Arbeiterpartei« als auch von »Arbeiterbewegung« die Rede sein.

#### I. DIE FRÜHE SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERBEWEGUNG – AKTEUR DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die Begriffe »Zivilgesellschaft« und »Bürgergesellschaft«, die häufig synonym verwendet werden, lassen sich vielfältig definieren. Auch lässt sich mit Blick auf den Aspekt des bürgerschaftlichen Engagements eine lange historische Entstehungsgeschichte nachzeichnen. »Zivilgesellschaft« wird im Folgenden unter zweierlei Definitionen an den Akteur Arbeiterbewegung angelegt.<sup>15</sup> Zum einen wird »Zivilgesellschaft« als ein Bereich gesehen, der zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre angesiedelt ist (bereichsbezoge-

12 *Ferdinand Lassalle*, Offenes Antwort-Schreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig (1863), in: *Ferdinand Lassalle*, Gesammelte Reden und Schriften, hrsg. v. *Eduard Bernstein*, Berlin 1893, Bd. 2, S. 393–445, hier: S. 413.

13 *Dieter Hein*, Partei und Bewegung. Zwei Typen moderner politischer Willensbildung, in: HZ Bd. 263, 1996, S. 69–97, hier: S. 69f. und 81. Vgl. ähnlich zur Überschneidung von Verein und Partei für die Sozialdemokratie im späten Kaiserreich *Klaus Nathaus*, der darauf hinweist, dass sie »bis zum Ende des Jahrhunderts zur Partei gereift« sei, dennoch »starke Züge des allgemeinen Vereins aufwies« (*Nathaus*, Organisierte Geselligkeit, S. 117).

14 *Jürgen Schmidt*, Brüder, Bürger und Genossen. Die frühe deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenbewegung und Bürgergesellschaft, voraussichtlich Bonn 2014.

15 *Thomas Olk/Ansgar Klein/Birger Hartnuß* (Hrsg.), Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden 2010; *Jürgen Schmidt*, Zivilgesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Kommentare, Reinbek 2007; *Frank Adloff*, Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt am Main 2005; *Dieter Gosewinkel/Dieter Rucht/Wolfgang van den Daele* u. a. (Hrsg.), Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2004; zum Zivilgesellschaftsbegriff in den Geschichtswissenschaften vgl. die Sammelbände *Jörg Hackmann* (Hrsg.), Vereinskultur und Zivilgesellschaft in Nordosteuropa. Regionale Spezifik und europäische Zusammenhänge, Wien/Köln etc. 2012; *Ralph Jessen/Sven Reichardt/Ansgar Klein* (Hrsg.), Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2004; *Arnd Bauerkämper* (Hrsg.), Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich, Frankfurt am Main/New York 2003.

ne Definition); zum anderen enthält der Begriff der »Zivilgesellschaft« auch eine Handlungsmaxime, die sich aus zivilen Werten und Prinzipien ableitet. Innerhalb des ersten Teils (I.a.) wird mit Bezug auf die bereichsbezogene Definition zunächst das Verhältnis zum Staat erörtert, anschließend in der Verortung der Genossenschaftsbewegung die anti-kapitalistische Ausrichtung und der wirtschaftliche Gegenentwurf der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung analysiert sowie in der Frage nach der Grenzziehung zwischen öffentlicher und privater Sphäre die Bedeutung persönlich-privater Netzwerke für das Agieren in der Öffentlichkeit thematisiert. Der zweite Teil (I.b.) fragt nach den zivilgesellschaftlichen Handlungselementen innerhalb der frühen Arbeiterbewegung, der Integration der Arbeiter, der innerparteilichen Regel- und Normbildung. Zivilgesellschaftliches Verhalten und Handeln setzt auf Partizipation und Teilhabe, auf Inklusion, Toleranz und Gewaltfreiheit. Diese normativen Ansprüche in einer sich revolutionär gebenden, aber sich reformistisch verhaltenden Partei und Bewegung zu verfolgen, öffnet neue Perspektiven auf die frühe Arbeiterbewegung.

#### *I.a. Zivilgesellschaftliche Aktionsbereiche der frühen Arbeiterbewegung*

Als zivilgesellschaftlicher Akteur hatte die frühe Arbeiterbewegung in der Tat ihre Wurzeln »jenseits« des Staats. Erste organisatorische Vorläufer entstanden in den 1830er Jahren des Vormärz als Geheimbünde im Ausland; es handelte sich um klandestine Zirkel vertriebener Intellektueller und politisch interessierter wandernder Handwerksgesellen, die sich gegen den politisch veränderungsresistenten Deutschen Bund organisiert hatten. Auch die in der Revolution von 1848 gegründete »Arbeiterverbrüderung« richtete sich gegen bestehende staatliche Strukturen und forderte deren grundlegende Umwandlung:

»Deutschlands Arbeiter müssen dahin streben, die moralische Macht im Staate zu bilden, ein starker Körper zu werden, der jedem Sturme trotzt, der vorwärts und immer vorwärts drängt, und in seiner Bewegung alles niederhält und forträumt, was einer freieren und besseren Gestaltung der Dinge im Wege steht«<sup>16</sup>,

schrrieb Stefan Born in der von ihm herausgegebenen Zeitung »Die Verbrüderung«. Als Bewegung gegen bestehende Herrschaftsstrukturen befand sich die frühe Arbeiterbewegung in Opposition zum Staat. Der bestehende Obrigkeitsstaat bildete den Widerpart: »Aber die neue Gesellschaft steht in unversöhnlichem Widerspruch mit dem alten Staat«, formulierte Wilhelm Liebknecht im »Demokratischen Wochenblatt« 1869.<sup>17</sup> Verfolgungs- und Verbotspraxis in den Jahren des Vormärz, in der Reaktionszeit nach der Revolution von 1848 sowie in der Zeit des Sozialistengesetzes ab 1878 verstärkten die oppositionelle Abgrenzung gegenüber dem umgebenden Staat. Diese Situation ähnelte demnach durchaus Strukturen, in denen sich zivilgesellschaftliche Akteure in Mitteleuropa vor 1989 befanden.

Auf der anderen Seite ging Opposition gegen bestehende staatliche Herrschaftsverhältnisse in der frühen Arbeiterbewegung immer auch mit Reformvorstellungen und – langfristig – Integrationsprozessen in den bestehenden Staat einher. Das von Karl Marx vermutete »Absterben des Staates« im Sozialismus wurde in der frühen Sozialdemokratie als ein »Ineinanderaufgehen von Gesellschaft und Staat« interpretiert. Bei dieser Vorstellung blieben »Gesellschaft und Staat unscharf aufeinander bezogen«, was »letztlich auch ein Einfallstor für »staatssozialistische« Tendenzen öffnete«.<sup>18</sup> Die Gestaltung des Staats gehörte so zu den zentralen Zielutopien. Wilhelm Weitling hatte bereits im Vormärz in der

16 Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, 3.10.1848.

17 Demokratisches Wochenblatt, Nr. 27, 3.7.1869, zit. nach: *Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 593.

18 *Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 585.

Geheimorganisation »Bund der Gerechten« die »wahre Vorschule des Bürgers und des Staatsmannes im Staate« gesehen.<sup>19</sup> Ferdinand Lassalle wollte die »Herrschaft des vierten Standes über den Staat« errichten; so sollte die »Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit« vollbracht werden.<sup>20</sup>

Doch die Verflechtungen zwischen Staat, Vorstellungen über die Aufgaben des Staats und dem Akteur Arbeiterbewegung erwiesen sich als noch grundsätzlicher. Denn langfristig drängte die Arbeiterbewegung den Staat dazu, sich der Lösung der sozialen Frage intensiver anzunehmen. Noch vage hatte Stefan Born formuliert, dass »die arbeitenden Klassen ihre gerechten Forderungen an den Staat nicht auf[geben]« würden: »das, was der gottbegnadete Staat, der seine Stütze eben nur in dem Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten findet, nicht zu leisten vermag, [wird und muss] eine andere Staats- und Gesellschaftsform leisten.«<sup>21</sup> Wesentlich konkreter zeigten sich die Forderungen in der ADAV-Zeitung »Der Social-Demokrat«:

»Bekanntlich verlangen wir von der preußischen Regierung nicht, dass sie im socialistischen Sinne in die Arbeiterfrage eingreife, denn nach unserer felsenfesten Ueberzeugung kann die sogenannte »Staatshilfe« nur dann ersprießlich für die Arbeitersache sein, wenn sie von einer demokratischen Regierung ausgeht. Gleichwohl kann die preußische Regierung ebenso wie jede andere sehr segensreich im Interesse der Arbeitersache thätig sein; z. B. durch Mitwirkung zur Ertheilung der vollständigen Coalitionsfreiheit (Recht gemeinsamer Arbeitseinstellungen), durch Begünstigung eines Gesetzes zur Einführung eines Normalarbeitstages u. dergl. mehr.«<sup>22</sup>

Nach Einführung von Arbeiterschutzgesetzen formulierte die Zeitung »Neuer Social-Demokrat« selbstbewusst: »Alles, wodurch die Lage der Arbeiter sich in neuerer Zeit nur etwas gebessert hat, [ist] durch uns, durch die Social-Demokraten, bewerkstelligt worden.«<sup>23</sup>

Langfristig und nachdem der Schock zwölfjähriger staatlicher Verfolgung unter dem Sozialistengesetz überwunden war, sollte sich dieser hier bereits 1873 formulierte Ansatz sogar als ein Handlungsmotiv der Sozialdemokratie herausbilden. In der Spätphase des Kaiserreichs übernahmen Partei und Freie Gewerkschaften immer mehr Aufgaben innerhalb des Obrigkeitsstaats, übten Einfluss in Arbeitsämtern, Gewerbeberichten und Krankenkassen aus und beeinflussten die Sozialpolitik in ihrem Sinn.<sup>24</sup>

In der bereichsbezogenen Definition der Zivilgesellschaft agieren ihre Akteure unabhängig von wirtschaftlichen Unternehmen und Unternehmungen. Als Bewegung, die sich gegen das Kapital und den Kapitalismus auflehnte, die die freie Konkurrenz auf dem

19 *Johann Caspar Bluntschli*, Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren. Wörtlicher Abdruck des Kommissionsberichts an die Hohe Regierung des Standes Zürich. Als Anhang: Sebastian Seiler, Der Schriftsteller Wilhelm Weitling und der Kommunistenlärm in Zürich. Eine Verteidigungsschrift, Zürich/Bern 1843, Reprint Glashütten im Taunus 1973, S. 30.

20 *Ferdinand Lassalle*, Arbeiter-Programm. Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes (1862), in: *Lassalle*, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 2, S. 3–50, hier: S. 44 und 46.

21 Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, Nr. 52, 30.3.1849, Reprint Leipzig 1975, S. 206.

22 Der Social-Demokrat, Nr. 11, 24.1.1869.

23 Neuer Social-Demokrat, 31.8.1873.

24 *Gerhard A. Ritter*, Staat und Arbeiterschaft in Deutschland von der Revolution 1848/49 bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung (1980), in: *ders.*, Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996, S. 67–93, hier: S. 76ff. und 82ff.; *Jürgen Schmidt*, Feierabend statt Ruhestand? Über die Bedeutung des Ruhestands in der Arbeiterschaft und in der Arbeiterbewegung in Deutschland um 1900, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 22, 2011, S. 55–80.

Markt in Ungleichheit und Unterdrückung münden sah, war die frühe Arbeiterbewegung mit ihren alternativen Wirtschaftsmodellen der Genossenschaften Antipode zur umgebenden kapitalistischen Wirtschaft. Nicht individuelles Gewinnstreben, nicht Unterordnungsverhältnisse standen im Vordergrund, sondern es wurde eine Wirtschaftsform gesucht, in der »jeder Einzelne an demselben [Geschäft] beteiligt ist«, in der die langfristige Tendenz auf die Ausbildung eines kollektiven Eigentums vorhanden war, in der die »selbstverwaltete Produktion« für die Allgemeinheit einen Beitrag zur Überwindung von sozialer Ungleichheit leistete.<sup>25</sup> Hermann Schulze-Delitzsch sah in der liberalen Variante der Arbeiter- und Handwerker-Genossenschaften einen Beitrag »zur Bildung eines allgemeinen Wohlstandes«<sup>26</sup> und äußerte emphatisch:

»Welche Freude, welches erhebende Gefühl, sein Vorwärtskommen in Bildung und Wohlstand, seine materielle Existenz, seine gesellschaftliche Stellung der *eigenen Kraft* zu danken, sich sein Geschick selbst gemacht zu haben, alle Unterstützung, jede Gönnerschaft mit der von beiden unzertrennlichen Einmischung und Beaufsichtigung, von sich abweisen zu können! Nur wer auf eigenen Füßen steht, wer sich selbst zu helfen weiß, ist ein freier Mann – und dass dies die Arbeiter recht wohl vermögen, wenn sie es nur recht angreifen, das zeigt sich alle Tage [...].«<sup>27</sup>

Dies wurde zunächst auch innerhalb des VDAV propagiert. In einem seiner ersten politischen Auftritte lobte etwa August Bebel die »Ausbildung und Verallgemeinerung des gewerblichen Genossenschaftswesens«<sup>28</sup> und auf dem vierten Vereinstag in Gera 1867 konnte »nur Erfreuliches [...] über die Schuhmacher-, Schneider- und Flaschner-Assoziation in Stuttgart« berichtet werden:

»Diese drei Genossenschaften, von denen jede nur vier bis sechs Mitglieder zähle, hätten sich rasch eine sehr zahlreiche Kundschaft erworben; das Publikum habe wohl herausgefunden, dass ein Arbeiter ganz andere Arbeit liefere, wenn er selbst dabei interessiert sei, dass die Kundschaft dauernd befriedigt werde, als wenn er bloß für einen Meister arbeite [...]. Wenn diese Genossenschafter auch keine ganz großartigen Geschäfte machten, so sei doch für die Mitglieder der Zustand sehr befriedigend. Sie seien nun ihre eigenen Herren, hätten sich keinen unbilligen Forderungen oder Launen eines Andern mehr zu fügen, und daneben sei ihnen nun doch Gelegenheit geboten, nach und nach ein Kapital zu ersparen. Die Schuhmacher hätten in den drei Jahren seit ihrem Bestehen, neben dem Lohne, den sie ausbezahlt erhalten hätten, etwa 300 bis 400 fl. Dividende im Geschäft gut gemacht.«<sup>29</sup>

In deutlicher Distanz zur kapitalistischen Wirtschaft, gleichzeitig tief mit ihr verflochten, stellte sich die Genossenschaftsbewegung als Teil der Arbeiterbewegung dar. Keineswegs war sie also in ihrer liberalen Spielart eindeutig jenseits der wirtschaftlichen Sphäre angesiedelt, wie es die bereichsbezogene Definition für zivilgesellschaftliche Akteure vorsieht. Vielmehr entsprach diese alternative Form des Wirtschaftens den Vorstellungen und Erfahrungen der Handwerker-Arbeiter. Es war die Welt der Werkstätten, des überschaubaren sozialen Umfelds, das vor den Gefahren und der Macht des anonymen Kapitals schützen sollte und in dem die Idee der beruflichen Selbstständigkeit als Voraussetzung für politische Partizipation noch hochgehalten wurde.<sup>30</sup>

25 *Stephan Born*, Korporationen, Assoziationen, in: *Das Volk*, Nr. 13, 1.7.1848; vgl. *Manfred Scharrer*, Arbeiter und die Idee von den Arbeitern. 1848 bis 1869, Köln 1990, S. 33f. und 140f.

26 Zit. nach: *Rita Aldenhoff*, Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, Baden-Baden 1984, S. 93.

27 *Hermann Schulze-Delitzsch*, Deutschlands Arbeiter, in: *Die Gartenlaube*, Nr. 32, 1863, abgedr. in: *Hermann Schulze-Delitzsch*, Schriften und Reden, 5 Bde., Frankfurt am Main 1990, Bd. 2, S. 217 (Hervorhebung im Original).

28 *Leipziger Tageblatt*, Nr. 55, 24.3.1863, zit. nach: *Wolfgang Schröder*, Leipzig – die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Wurzeln und Werden des Arbeiterbildungsvereins 1848/49–1878/81, Berlin 2010, S. 74.

29 *Deutsche Arbeiterhalle*, Nr. 11, 1.12.1867.

30 *Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 650ff.

Produktivgenossenschaften waren auch von Ferdinand Lassalle und den Mitgliedern des ADAV gewollt; jedoch erschien ihnen die liberale Vorstellung auf privater Initiative gegründeter Genossenschaften bestenfalls für eine kleine Gruppe bessergestellter Handwerker realisierbar.<sup>31</sup> Den Arbeitern fehle »vor allen Dingen Geld, Geld und abermals Geld«, um sich in Genossenschaften zusammenzuschließen und gegen die (industrielle) Konkurrenz zu behaupten.<sup>32</sup> Sie forderten daher stattdessen die Errichtung von Genossenschaften mit staatlicher Unterstützung und staatlichen Geldern. Mit dieser Vorstellung schufen der ADAV (und später die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei«, SDAP) nicht nur ein Gegenmodell zur liberalen Genossenschaftsvariante. Das Genossenschaftswesen entwickelte sich dabei gleichzeitig von einem konkreten Hilfsinstrument für einzelne Handwerker und Berufsweige zu einer utopischen Gesellschaftsvorstellung, in der Eigentum in kollektives Eigentum überführt werden sollte und letztlich die »genossenschaftliche Produktion« »der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen« des Kapitalismus ein Ende bereiten würde.<sup>33</sup> Genossenschaften waren daher insgesamt gesehen lebensweltlich in der frühen Arbeiterbewegung verankert und versuchten, auf wirtschaftlicher Ebene das demokratisch-liberale Selbstverständnis, als »eigene Herren« frei von Ausbeutung zu arbeiten und zu agieren, umzusetzen: »Der Uebergang von der Lohn- zur Genossenschaftsproduction ist ein Act auf socialem Gebiet, was der Uebergang von der Monarchie zur Republik auf politischem ist: die Befreiung von der Bevormundung und Indienstnahme des eigenen Geschicks«, begründete 1872 ein Artikel die Gründung einer Genossenschaft der Berliner Buchdrucker.<sup>34</sup>

Im Verständnis der Bereichsdefinition entstehen zivilgesellschaftliche Gruppen in der Öffentlichkeit jenseits der Privatsphäre. Sie bedienen sich öffentlicher Medien und sehen in der Öffentlichkeit ihren Adressaten. Selbst die Geheimorganisationen des Vormärz nutzten solche Mittel (Zeitungen, Flugblätter), und mit dem Wachsen der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen wurde das Spektrum an Aktions- und Artikulationsformen immer breiter: von der Vereinssitzung bis zu Delegiertenversammlungen, von Volksversammlungen bis zu Wahlkämpfen, von der Zeitschriften-Kleinauflage zur Massenpresse. »Diese Woche ist hier ein Strike ausgebrochen, die Arbeiter die daran beteiligt sind gehören keiner Gewerkschaft an, mehrere davon kommen oft zu uns [dem SDAP-Ortsverein] um Rath zu holen. Klein und Consorten haben eine Volksversammlung einberufen um daraus Kapital zu schlagen«, schrieb beispielsweise Wilhelm Klacke aus Elberfeld an August Bebel.<sup>35</sup> Mobilisierung durch Öffentlichkeit lautete das Ziel. Die Räume lagen dabei jenseits der Privatsphäre: die Kneipe, das Versammlungslokal, die Herberge, die Straße. Vor allem in der Vereinsgeselligkeit fanden Arbeiter Bestätigung und Aktionsmöglichkeiten: »[H]ier waren sie »Bürger« im Vollsinn, hier galt das Prinzip »one man – one vote.«<sup>36</sup>

31 »Daß die Lohnarbeiter mit all diesen Organisationen nicht das Mindeste zu thun haben, ist selbstverständlich. Diese Genossenschaften mit ihren Kassen gehören sämmtlich dem bemiteltem Handwerkerthum, sowie der kleinen Bourgeoisie an und haben zum Zweck, genannten Klassen die Konkurrenz mit dem Großkapital zu ermöglichen«, *Der Volksstaat*, 9.9.1874.

32 *Mitteldeutsche Volks-Zeitung*, Nr. 154, 6.7.1862, zit. nach: *Shlomo Na'aman/Hans-Peter Harstick*, Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63. Darstellung und Dokumentation, Assen 1975, S. 171f.

33 Internationale Arbeiterassoziation 1871, zit. nach: *Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 656.

34 Der Correspondent, zit. nach: *Christiane Eisenberg*, Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften. Theorie und Praxis der Produktivgenossenschaften in der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften der 1860er/1870er Jahre, Bonn 1985, S. 29.

35 Wilhelm Klacke an August Bebel, 25.3.1870, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BA), NY 4022/109. (Ich danke Thomas Welskopp dafür, dass er mir sein Quellenmaterial zugänglich machte.)

36 *Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 573.

Doch wie in den Bereichen von Staat und Wirtschaft war diese Grenzziehung nicht so eindeutig. Zum einen können, allgemein gesprochen, in der Privatsphäre zivilgesellschaftliche Werte und Engagementformen vermittelt werden; zum anderen war die Arbeiterbewegung auf Familien- und Nachbarschaftsnetzwerke angewiesen. Das Nähen der Fahnen, das Ausschmücken von Festsälen, das Vorbereiten von Festen – die Symbolik der öffentlichen Auftritte der Arbeiterbewegung – wurde zum großen Teil von Arbeiterfrauen in ihrer Freizeit, in den Familien vorbereitet. Ehefrauen von Funktionären beteiligten sich an der Reinschrift von Manuskripten, übernahmen – wenn die Ehemänner im Gefängnis saßen – die Korrespondenz ihrer Männer. Kinder mussten Briefe abschreiben und die Post erledigen.<sup>37</sup> In einer sich erst allmählich ausbildenden Organisationsstruktur blieben Face-to-Face-Beziehungen unverzichtbar, sollten etwa die reisenden Redner und Agitatoren nach ihren Vorträgen am jeweiligen Aufenthaltsort untergebracht werden. Theodor York schrieb im September 1869 aus Krefeld an August Bebel: »[I]ch habe das herumreisen, um an verschiedenen Orten, wo man Niemanden kennt, aus den Adreßbüchern Socialdemokraten zu suchen, herzlich überdrüssig.«<sup>38</sup> Die öffentliche Kultur der Arbeiterbewegung hatte ihren privaten, persönlichen, familiären Hintergrund und war in ihrer Entstehungsphase darauf angewiesen. Private Hilfe für die politischen Agitatoren, Unterstützung der politisch Aktiven in den Familien, Integration der Frauen und Familien in die öffentliche Festkultur der Arbeiterbewegung markieren die Überschneidungsflächen zwischen Familie/Privatsphäre und Zivilgesellschaft und zeigen, dass die Familie zivilgesellschaftliches Engagement befördern konnte.<sup>39</sup> Schließlich konnten Familienverhältnisse ganz direkt – »negativ« – auf zivilgesellschaftliches Engagement wirken. Aus Erfurt schrieb Johann Salm 1870 an August Bebel: »Sie werden erwarten, dass wir selbst mehr thun sollen!? Aber ich muss Ihnen mittheilen, dass ich stets umlauert werde und dass ich bei der ersten besten Gelegenheit brotlos werde. Und ich habe eine Familie von 3 kleinen Kindern.«<sup>40</sup> Bedingt durch staatliche Repressionspolitik konnte auf individueller Ebene die Existenz einer Familie zivilgesellschaftliches Engagement auch einengen. Insgesamt wird aber deutlich, wie sehr das Milieu der Arbeiterbewegung auf persönlichen, familiären Netzwerken ruhte, die hinter der sehr viel stärker beachteten öffentlichen Form der Auftritte und Reden allzu oft übersehen wurden.

#### *I. b. Zivilgesellschaftliche Verhaltens- und Handlungsoptionen der frühen Sozialdemokratie*

Emanzipation und Partizipation lautete das Ziel, denn Bevormundung und Ausgrenzung hatte eine sich zunehmend selbstbewusst in die Öffentlichkeit vorwagende Arbeiterbewegung vorher in vielfältiger Form erfahren. Liberale Angebote etwa in Form von Arbeiterbildungsvereinen, wie sie bis in die 1860er Jahre erfolgreich bestanden, wollten zwar zur Integration der Arbeiter in die Gesellschaft beitragen, doch eine wirkliche Teilhabe und gleichberechtigte Vereinsführung wurde ihnen verwehrt. Die »Doktoren[-] u[nd] Professorenleitung tauche [sic] in der Regel nichts, das wüßten wir aus eigener Erfahrung«, riet August Bebel 1868 in Gründung befindlichen Arbeitervereinen; daher sollten sie die Vereinsleitung »aus eigenstem Kreise wählen«.<sup>41</sup> Wie sich das liberale Bürgertum abschotte-

37 Vgl. *August Bebel/Julie Bebel*, Briefe einer Ehe, hrsg. v. *Ursula Herrmann*, Bonn 1997; *Ilse Fischer*, August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/68. Briefftagebuch und Dokumente, Bonn 1994, S. 186 und 188.

38 Th. York an A. Bebel, 27.9.1869, SAPMO-BA, NY 4022/115.

39 *Gunilla-Friederike Budde*, Das Öffentliche des Privaten. Die Familie als zivilgesellschaftliche Kerninstitution, in: *Bauerkämper*, Die Praxis der Zivilgesellschaft, S. 57–75.

40 Johann Salm an August Bebel, 24.1.1870, SAPMO-BA, NY 4022/114.

41 August Bebel an M. Müller, 16.7.1868, in: *Fischer*, August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/68, S. 267.

te, mussten Arbeiter erfahren, die sich 1863 dem liberalen »Deutschen Nationalverein« anschließen wollten. Sie baten den Vorstand darum, Monatsbeiträge statt eines Jahresbeitrags entrichten zu dürfen, um ihre Haushaltskasse nicht zu sehr zu belasten. Der Vorstand lehnte ab und die bürgerlichen Vereinsmitglieder blieben unter sich.<sup>42</sup> Neben der halbherzigen Integrationspolitik des liberalen Bürgertums standen patriarchalisch-fürsorgliche Angebote aus konservativen Kreisen. Dies wurde besonders bei dem 1844 gegründeten »Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen« deutlich. Allein den Namen empfand Moses Heß in seiner Zeitschrift »Gesellschaftsspiegel« als herabwürdigend für die Arbeiter, da er die Vormundschaft der »sog. höheren Klassen« zum Ausdruck bringe.<sup>43</sup> Ein Teil der Arbeiter nahm den instrumentellen Charakter der Reform- und Integrationsbemühungen wahr, setzte sich davon ab und strebte daher nach Emanzipation und Partizipation mithilfe selbstbestimmten autonomen Handelns.<sup>44</sup> Dies sind zentrale Handlungsweisen sowohl im Selbstverständnis zivilgesellschaftlicher Akteure als auch in der Definition von Zivilgesellschaft.

Obwohl sich das Emanzipationsbestreben der Arbeiterbewegung aus einer Absetzbewegung vom liberalen Bürgertum speiste, hatte dies keinesfalls eine Loslösung von bürgerlichen Normen und Werten zur Folge. Arbeit und Bildung, die Suche nach Lösungsstrategien aus sozialem Elend und gesellschaftlicher Benachteiligung statt dulddenden Verharrens im Bestehenden, und dauerhafte Veränderungen statt kurzfristiger, spontaner Aktionen erwiesen sich als zentrale Handlungsmaximen für die frühe Arbeiterbewegung seit den 1840er Jahren.<sup>45</sup> Der (bürgerliche) Verein blieb das organisatorische Vorbild. Die Delegierten der Vereins- und Parteitage diskutierten wie selbstverständlich über Satzungsfragen ihrer Organisationen; im Vorfeld dieser Veranstaltungen zirkulierten unter den Vorstandsmitgliedern verschiedene Formulierungen, wurden Varianten ausgelotet, Tagesordnungsprogramme entworfen.<sup>46</sup> Die Lektionen bürgerlicher Vereinsführung hatte die frühe Arbeiterbewegung gelernt – entweder als Mitglieder in bürgerlich geleiteten Arbeiter[bildungs]vereinen (August Bebel beispielsweise) oder durch entsprechend gebildetes Führungspersonal (etwa Ferdinand Lassalle und Wilhelm Liebknecht).

In diesen Prozess sollten möglichst viele integriert werden, denn das Ideal war – durchaus in Anlehnung an das liberale Vorbild – der sich artikulierende, einmischende, selbstbestimmt und selbstständig handelnde Bürger. Die »unermüdlige Thätigkeit« von Friedrich Wilhelm Fritzsche, Präsident des Zigarrenarbeiterverbands, wurde in einem Kasseler Arbeiterverein »alle[n] Collegen« als Vorbild empfohlen, um »ihrerseits selbstthätig zu schaffen am großen Ganzen, damit unsere Bestrebungen auch in weiteren Kreisen immer

42 Toni Offermann, Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863, Bonn 1979, S. 341–345; Florian Tennstedt, Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen 1981, S. 138; Aldenhoff, Schulze-Delitzsch, S. 128ff.

43 Gesellschaftsspiegel. Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen, Bd. I, 1845, H. 1, Reprint Amsterdam 1971, S. 25.

44 Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive wird hier ein Vorgang ausgeleuchtet, der unter (partei-)politischer Perspektive der Geschichte der Arbeiterbewegung als Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie beschrieben und diskutiert wird, vgl. Gustav Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863–1870 (1911), in: Gustav Mayer, Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt am Main 1969, S. 108–178.

45 Vgl. auch Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 488–490.

46 Vgl. die Quellen in Fischer, August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/68, passim.

tiefer Wurzel schlagen« werden.<sup>47</sup> Dieser autonom agierende Bürger in der Vorstellung der frühen Arbeiterbewegung wurde als Staatsbürger verstanden: »Ein guter Bürger ist niemals ein Bourgeois«, hieß es in der Zeitung des Kölner Arbeitervereins bereits 1848.<sup>48</sup> Der »gute Bürger« entsprach dem Staatsbürger im Sinn des französischen Citoyen, der auf einer bürgerschaftlich-republikanischen Konzeption beruhte. Zu dieser Vorstellung gehörte dann auch, dass man sich in die politische Arbeit in den Arbeitervereinen einbrachte. An diesem Ort sollte man lernen, sich zu artikulieren, Forderungen zu erheben und sich durchzusetzen. Im Vergleich zu Turn- und Gesangsvereinen waren die Arbeiterorganisationen – mit beispielsweise rund 12.000 Mitgliedern im ADAV (1869)<sup>49</sup> – alles andere als Massenbewegungen. Aber im Vergleich zu den weitgehend nur vorübergehend zu Wahlen zusammentretenden Parteien im bürgerlichen Spektrum war hier auf politisch-staatsbürgerlicher Ebene dank national agierender Vermittler und lokal im Milieu verankerter »Anlaufpersonen« ein auf Teilhabe und Partizipation ausgerichtetes Netzwerk entstanden. Die frühe Arbeiterbewegung leistete so wichtige Basisarbeit für politische Bildung und für ein demokratisches Verständnis unter den Arbeitern.<sup>50</sup>

Das zivilgesellschaftliche Programm, Arbeiter zu politisch agierenden Staatsbürgern zu machen, ging mit organisatorischen Lernprozessen und der Einübung sozialer Verhaltensweisen der Mitglieder einher. *Zum Ersten* mussten demokratische Organisationsformen erst erlernt und eingeübt werden. Die im Vormärz entstandenen Geheimbünde hatten angesichts von Verfolgung und Untergrundtätigkeit wenig Spielraum für demokratische Organisationsexperimente. Der 1847 gegründete »Bund der Kommunisten« zeichnete sich durch einen zentralistischen Aufbau aus, bei dem ab 1850 die Zentralbehörde den Kurs »von oben herab« vorgab.<sup>51</sup> Auch der straff zentralisierte ADAV gliederte sich unter der persönlichen »Diktatur der Einsicht« Ferdinand Lassalles einer »von oben« nach »unten« geführten Organisation. August Bebel meinte 1863 auf dem Vereinstag der deutschen Arbeitervereine:

»Ich bin entschieden dagegen, dass die freien Arbeiterversammlungen das Recht haben sollen, Vertreter zum Vereinstag zu schicken. In Leipzig habe ich Gelegenheit gehabt, den Werth und das Treiben solcher großen Arbeiterversammlungen kennen zu lernen. Viele wussten gar nicht, worüber sie abgestimmt hatten. Solche Versammlungen haben keine Organisation, sie folgen dem augenblicklichen Eindruck, den ein gewandter Redner auf sie macht, es fehlt ihren Theilnehmern die vorbereitende Aufklärung.«<sup>52</sup>

47 Der Botschafter, Nr. 9, 2.3.1867, in: Der Botschafter. Organ der deutschen Cigarrenarbeiter. 1867–1871. Ein Reprint der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten, hrsg. v. Willy Buschak, Hamburg 1990, S. 4.

48 Zeitung des Arbeiter-Vereines zu Köln, Nr. 9, 18.6.1848, Reprint Berlin/Bonn 1976, S. 84; Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit. Organ des Arbeitervereins Köln, Nr. 1, 26.10.1848, Reprint Berlin/Bonn 1980, S. 7; vgl. auch Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 577.

49 Toni Offermann, Die erste deutsche Arbeiterpartei. Materialien zur Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863–1871, Bonn 2002, S. 111. Bei all diesen Zahlenangaben kommen Probleme der Mitgliederfluktuation, der Beitragssäumnisse et cetera hinzu, die hier jedoch nicht weiter verfolgt werden sollen. Zu den liberalen Arbeiterbildungs- und Handwerkervereinen vgl. Karl Birker, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870, Berlin 1973, S. 98–133.

50 Vgl. für die Tradition und Kontinuität dieser Bildungsbestrebungen Adina Lieske, Arbeiterkultur und bürgerliche Kultur in Pilsen und Leipzig, Bonn 2007, S. 175–181.

51 So auch – mit Bezug auf Shlomo Na'aman – Christine Stangl, Sozialismus zwischen Partizipation und Führung. Herrschaftsverständnis und Herrscherbild der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1875, Berlin 2002, S. 73.

52 Bericht über die Verhandlungen des ersten Vereinstages deutscher Arbeitervereine, 7./8.6.1863, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863 bis 1869, Reprint Berlin/Bonn 1980, S. [34].

Angesichts einer fragilen Neuorganisation, die noch dazu mit Attacken des politischen Gegners rechnen musste, waren solche Absicherungen zum Teil verständlich. Vor allem aber war diese abwehrende und ›von oben‹ durchgeführte dirigistische Haltung nur die eine Seite in den frühen Arbeiterorganisationen. In der von Stefan Born 1848 gegründeten »Arbeiterverbrüderung« als erster national agierenden Organisation der Arbeiter bestand eine Vielzahl an Kontrollmechanismen der Basis über das »Zentralkomitee«, und die Statuten billigten den »lokalen Gliederungen eine weitgehende Selbstständigkeit« zu. Diese Organisationsstruktur sollte Vorbildcharakter für die Parteigründung der SDAP im Jahr 1869 haben. Darüber hinaus verabschiedete man sich 1875 bei der Gründung der »Sozialistischen Arbeiterpartei« (SAP) von den zentralistischen Strukturen, wie überhaupt die Organisationsform des Geheimbundes der 1830er Jahre – auch den sich wandelnden staatlichen Rahmenbedingungen geschuldet – keine Rolle mehr spielte.<sup>53</sup> Darüber hinaus legte die Kultur der Vereinsversammlungen mit ihren Möglichkeiten zur Teilnahme an Debatten den Grundstein für innerdemokratisches Verhalten und trug in Volksversammlungen diese Muster in die Öffentlichkeit. Diese Volksversammlungen »verkörperte[n] die institutionelle Umsetzung des Anspruchs auf direkte Demokratie«.<sup>54</sup>

Zum Zweiten galt es für die frühe Arbeiterbewegung und ihre Mitglieder, soziale Verhaltensweisen einzuüben und durchzusetzen. Mit den politischen Gegnern, aber auch zwischen den rivalisierenden Richtungen der Arbeiterbewegung vor 1875 gab es immer wieder harte, bisweilen auch körperliche Auseinandersetzungen. Der Gothaer SPD-Patriarch und spätere Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bock schilderte in seiner Autobiografie ein Gespräch mit ADAV-Mitgliedern, die eine Versammlung der liberalen Hirsch-Duncker-schen Gewerkvereine »gesprengt« hatten. Bock fragte sie: »Hattet ihr keinen Redner, der ihm entgetreten konnte?« [...] »Nein, deshalb haben wir sie ja gesprengt.« »Nun Freunde, wir dürfen uns nicht ins Unrecht setzen, sonst leidet unsere gute Sache Schaden.« Bock ging mit den Gothaer Mitgliedern zu einer weiteren Veranstaltung, in der er aber nicht zu Wort kam, worauf es zu »einem großen Tumult und zu einer großen Prügelei« kam. Bock resümierte: »Dieser Vorgang hatte mich gelehrt, dass die Partei von allen radaulustigen Elementen gesäubert werden müsse, was mir unter Anwendung aller Vorsicht auch gelang. Schon im Jahr 1870 hatten wir eine Gruppe von 55 gut disziplinierten und belesenen Genossen.«<sup>55</sup> Dass diese Schilderung keineswegs die verklärende Rückschau eines politisch erfolgreichen Sozialdemokraten darstellt, zeigt das geforderte Toleranzgebot innerhalb der frühen Arbeiterbewegung:

»Wir werden tolerant sein, ändern Meinungen nur die Kraft der Wahrheit entgegenstellen, denn wir wollen überzeugen und nicht zwingen, belehren und nicht bethören, demokratisieren und nicht demagogisieren, wollen moralisieren und disziplinieren, durch selbstständige Gesamterkenntnis zu innigen Gemeinverständniß, durch Gesamtwille zur Gemeinthat gelangen.«<sup>56</sup>

Und in der Praxis war die Verständigung mit dem politischen Gegner möglich:

»Nachdem man noch lange und lebhaft über verschiedene Vereinsgegenstände [im VDAV] debattirt hatte schloss der Vorsitzende gegen 12 Uhr die Versammlung und wir gingen nun Mehrere in den oberen Saal zu den Lassalleanern, welche auch fertig waren. Bald war eine lebhaftige Diskussion truppenweise im Gange, man vertheidigte beiderseits mit größtem Eifer sein Prinzip. Die Debatten

53 *Scharrer*, Arbeiter und die Idee von den Arbeitern, S. 41; *Stangl*, Sozialismus zwischen Partizipation und Führung, S. 81 und 112; *Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 29.

54 Vgl. *Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit, insb. S. 230–254 und 291–300, Zitat: S. 297.

55 *Wilhelm Bock*, Im Dienste der Freiheit. Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg, Berlin 1927, S. 16f.

56 Johann Philipp Becker, in: Der Vorbote, Nr. 1, 1.1.1866, zit. nach: *Stangl*, Sozialismus zwischen Partizipation und Führung, S. 160.

wurden oft überlaut aber so interessant dass uns bald der hereinbrechende Tag dabei betroffen hätte, denn bereits in der dritten Stunde schieden wir in bester Eintracht [...].«<sup>57</sup>

Nicht der Konflikt-, sondern der Gewaltverzicht wurde propagiert; und da das Leitbild für eine sozialdemokratische Führungspersönlichkeit der überzeugend argumentierende, seinen Standpunkt verteidigende, Männlichkeit ausstrahlende Redner war, konnte sich die Gewaltfreiheit durchsetzen. Es galt, das Verhalten in zivilgesellschaftliche Bahnen zu lenken, um die Respektabilität der frühen Arbeiterbewegung zu garantieren.

Der Erwerb von Respektabilität und die Einhaltung von sozialen Verhaltensweisen konnten aber schließlich auch zum Ausschluss von gesellschaftlichen Gruppen führen. Das Grundproblem zivilgesellschaftlicher Akteure bis in die heutige Zeit ist, dass sie auf individuelle Fähigkeiten angewiesen sind. Dazu gehören Abkömmlichkeit, Zeit, finanzieller Spielraum, rhetorisches und/oder organisatorisches Talent. Dies galt auch im historischen Kontext der Entstehungsgeschichte der Arbeiterbewegung. Zunächst schloss die Arbeiterbewegung begrifflich kaum ein Mitglied der Gesellschaft aus: »Arbeiter sind wir alle, insofern wir nur eben den Willen haben, uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen«, argumentierte Ferdinand Lassalle in seinem »Arbeiterprogramm« von 1862.<sup>58</sup> Daneben existierten jedoch weitere Arbeiterbegriffe und die Definition blieb unscharf. In manchen Artikeln und Reden findet sich ein enger Bezug auf Arbeiter-Gesellen, häufig wird er im Kontrast zum Bourgeois, zum Ausbeuter, verstanden und vereinzelt bereits auf den Lohnarbeiter eingengt:

»Man versteht darunter [unter dem Begriff Arbeiter] eine Person, welche ihren Arbeitsertrag gegen Lohn einem Anderen (dem Unternehmer oder Kapitalisten) überlässt. Es wäre daher offenbar richtiger, statt schlechthin »Arbeiter« in diesem Sinne stets »Lohnarbeiter« zu sagen, allein man wird einräumen, dass dies ein sprachlicher Einwand ist, kein volkswirtschaftlicher, und dass es daher lächerlich ist, in ernsthaften sozialpolitischen Debatten mit diesem Einwand zu kommen, als würde dadurch an der Sachlage etwas geändert, dass man dem Ding einen anderen Namen gibt.«<sup>59</sup>

Eine engere Definition des Arbeiters spiegelt auch eher die Realität der Vereine, deren Mitglieder – trotz aller Differenzierungen im Einzelnen – aus dem handwerklich-gewerblich-industriellen Umfeld kamen, wo sie in der überwiegenden Mehrheit in abhängigen, zum Teil in selbstständigen Positionen körperliche Arbeit verrichteten. Mochte in der Führungsspitze auch ein gewisser Anteil an »Intellektuellen« auftauchen, blieben sie innerhalb der Gesamtmitgliedschaft eine Minderheit, die über 5 % weder im ADAV, VDAV, noch in der SAP hinauskam. Dennoch blieb das Universalitätsprinzip sowohl als Utopie und Fernziel als auch als Agitationsmuster bestehen. Gegenüber dem Vorwurf, nur die Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen zu vertreten, argumentierte Wilhelm Liebknecht auf dem Vereinigungsparteitag von 1875:

»Das Wort Arbeiter hat durchaus keinen exklusiven Charakter. Arbeit ist Bethätigung des Menschenthums. [...] Durch Arbeit wird der Mensch erst zum Menschen. Arbeiter heißt also Mensch – [...] und Arbeiterpartei nennen wir uns nicht blos, weil wir die Arbeit als einzige wirtschaftliche Basis der Gesellschaft, den Arbeiter als einziges nützlich Mitglied der Gesellschaft anerkennen [...], sondern auch im Hinblick auf den echt menschlichen Charakter der Arbeit, weil die Arbeit alleinige Trägerin der Kultur und des Menschenthums ist [...].«<sup>60</sup>

57 August Wecke an August Bebel, 30.6.1869, zit. nach: *Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 243.

58 *Lassalle*, Arbeiter-Programm, S. 38.

59 Deutsche Arbeiterhalle, Nr. 22, 4.12.1868, Reprint Berlin/Bonn 1979, S. 87.

60 Protocoll des Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands, 22. bis 27. Mai 1875, Leipzig 1875, in: Protokolle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (1869–1887), Reprint Bonn/Berlin 1976, Bd. II, S. 35f.; vgl. auch *Werner Conze*, Arbeiter, in: *Brunner/Conze/Koselleck*, Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, S. 216–242, hier: S. 231–234.

In die Praxis der Mitgliederrekrutierung ließen sich diese umfassenden, universalen Werte nicht umsetzen. Zu sehr war diese Inklusionsmetaphorik Rhetorik; zu sehr stammten Begriffe, Werte und Umgangsformen aus der Welt des männlich dominierten Handwerks. Frauen, Landarbeitern und unqualifizierten Arbeitern blieben daher diese Räume der Arbeiterbewegung fremd und verschlossen. Zwar verhinderte auch das Vereinsgesetz bis 1908 eine aktive Mitgliedschaft der Frauen, doch die Kneipe und das Versammlungslokal blieben eben auch lange eine Männerdomäne, die Landarbeiter hielt man für ungebildet und uneinsichtig, die Integration ungelernter Arbeiter kam auch nach 1890 nur langsam voran und vom »Lumpenproletariat« grenzte sich die Partei ab. Als August Bebel eine Wohnung in Zürich suchte, um in der Nähe seiner Tochter wohnen zu können, fand er vorübergehend eine »sehr ungünstig« gelegene Wohnung mit »enorme[m] Lärm im Hause und auf der Straße«. An Wilhelm Liebknecht schrieb August Bebel 1894: »Das Haus ist eine wahre Kaserne, über uns wohnt fast in jeder Stube eine Familie und zum Teil was für Volk. Hier kann man das Proletariat von seiner schlimmsten Seite studieren.«<sup>61</sup>

Das moderne Konzept der Zivilgesellschaft auf Grundlage zweier unterschiedlicher Definitionen (Bereichs- und Handlungsdefinition) an den historischen Akteur »frühe Arbeiterbewegung« anzulegen, macht Chancen und Grenzen dieser Definitionstypen für die Forschung zur Zivilgesellschaft deutlich. Dies soll hier nicht weiter verfolgt werden.<sup>62</sup> Sichtbar wurde jedenfalls, dass eine schematische Abgrenzung der Arbeiterbewegung als Zivilgesellschaftsakteur jenseits von Staat, Wirtschaft und Privatsphäre nicht haltbar ist. Ausgegrenzt und verfolgt vom bestehenden Staat, wurde ein alternatives Staatsverständnis ein zentrales Leitmotiv der politischen Arbeit der frühen Arbeiterbewegung. Deutlich wurde zudem, wie sehr die in der Öffentlichkeit wirkende Arbeiterbewegung auf die familiären und privaten Netzwerke angewiesen war, um ihre öffentlichen Ziele verwirklichen zu können. Darüber hinaus wird für die Arbeiterbewegung aus zivilgesellschaftlicher Perspektive die Nähe zum bürgerlichen Organisationsmodell des Vereins, vor allem aber die Übernahme bürgerlicher Werte und Verhaltensweisen besonders deutlich. Die »disziplinierten« und »belesenen« Anhänger, die Wilhelm Bock in Gotha um sich scharte, wären auch in jedem bürgerlichen Arbeiterverein willkommen gewesen. Es fand hier durchaus eine Form der Verbürgerlichung statt, die sich aber nicht in bloßer Übernahme erschöpfte, sondern auch die Transformation dieser Vorstellungen einschloss. Dazu zählte auch die Erweiterung der Öffentlichkeit um neue Arenen außerhalb traditionell bürgerlicher Medien: Die Straße etwa wurde ein wichtiges Instrument, um symbolisch Stärke zu demonstrieren. Das Engagement des Arbeiters als politisch aktives, selbstständiges Individuum war darüber hinaus eingebunden in solidarisches Handeln einer für das Gemeinwohl streitenden Bewegung. Der aus dem bürgerlich-liberalen Verständnis hergeleitete politisch engagierte Staatsbürger sollte für ein sozialistisches Gesellschaftsmodell streiten. Deutlich wird mit diesen Ergebnissen auch die Stärke des zivil- beziehungsweise bürgergesellschaftlichen Ansatzes. Es handelt sich nicht um eine ahistorische, Ex-post-Konstruktion, sondern um einen Analyserahmen, der vergessene, verschüttete Eigenschaften der Arbeiterbewegung betont und normative Grundkonflikte der Arbeiterbewegung herausarbeitet. Betrachtet man die Arbeiterbewegung unter zivilgesellschaftlichen Aspekten, tritt sie schließlich – wie erwähnt – in ein Spannungsverhältnis zu klassengesellschaftlichen Ansätzen, die die Entstehung der Arbeiterbewegung ausgehend von ökonomischen Klassenspannungen analysieren. Arbeiterbewegung umfasst unter zivilgesellschaftlicher Betrachtung ein dezidiert politisches Feld, erscheint als politischer Akteur zur Erringung von staatsbürgerlichen Rechten. Weniger der Betrieb, die Streiks und die genuin auf die

61 A. Bebel an W. Liebknecht, 7. August 1894, in: *August Bebel*, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 5, München/New Providence etc. 1995, S. 51.

62 Vgl. hierzu *Schmidt*, Zivilgesellschaft und nicht-bürgerliche Trägerschichten, S. 38ff.

Eigeninteressen der Arbeiterschaft bezogenen Konfliktlinien treten in den Vordergrund, sondern die Kämpfe um politische Partizipation. Der folgende Teil blickt daher am Beispiel Erfurts in der Zeit des Kaiserreichs breiter auf das sozialdemokratische Milieu.

## II. SOZIALDEMOKRATIE UND GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IM KAISERREICH – SOZIOÖKONOMISCHE VERHÄLTNISSE UND MILIEUVERNETHUNG

Die Wahrnehmung und Erfahrung sozioökonomischer Ungleichheit stellte einen wesentlichen Bezugspunkt in der Entstehung sozialistischer Parteien dar. Der Antagonismus zwischen Kapitalisten/Ausbeutern und Arbeitern/Proletariern erwies sich als die prägende Figur dieser Ungleichheitsdimension.

»Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten – Kleinbürger, Bauern – bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung«,

lautete die Prognose im »Erfurter Programm« von 1891. Programmatisch wurden zwar mit Forderungen nach einem (achtstündigen) Normalarbeitstag, Verbot der Sonntags- und Kinderarbeit oder einem »Schutzgesetz für Leben und Gesundheit der Arbeiter« im Gothaer Programm von 1875 und im Erfurter Programm von 1891 von den sozialistischen Parteien Lösungsvorschläge formuliert. Aber die konkrete, alltägliche, auf Erfahrung beruhende Praxis und Lösung der »Brot- und Butter-Fragen« – die Verbesserung der sozialen Lage, des Einkommens, des Lebensstandards – fiel im Rahmen linker Politik und innerhalb des sozialmoralischen Milieus der sozialistischen Arbeiterbewegung den Gewerkschaften zu. Im ersten Teil wird daher der Frage nach den Verflechtungen zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaft nachgegangen, die immer noch umstritten ist. In der Forschung finden sich sowohl Positionen, die den Parteien den entscheidenden Schrittmacherdienst zur Gewerkschaftsgründung zuschreiben, als auch jene Stimmen, die den Organisationsaufbau »von unten« betonen, der unter anderem aus handwerklichen Organisationstraditionen und Streikerfahrungen resultierte.<sup>63</sup> Der nachfolgende zweite Teil rekonstruiert das schwierige Wechselspiel zwischen gewerkschaftlicher und parteipolitischer Organisation im sozialmoralischen Milieu um 1900 in Erfurt.<sup>64</sup>

Der Milieubegriff erfasst dabei die Individuen in ihrem sozialen Umfeld und geht davon aus, dass Milieuzugehörigkeit sowohl auf rationalen als auch subjektiv-emotionalen Bindungen beruht. Das – in den Kategorien von M. Rainer Lepsius – sozialmoralische Milieu der Sozialdemokratie zeigte durch Prozesse der Binnenhomogenisierung bei gleichzeitiger Außenabgrenzung zwar eine hohe Dichte und große Nähe. Andererseits aber war

63 Eberhard Schmidt, Arbeiterbewegung, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 157–186; Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989; Klaus Schönhoven, Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1987; Willy Albrecht, Fachverein – Berufsgewerkschaft – Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870–1890, Bonn 1982; Ulrich Engelhardt, »Nur vereint sind wir stark«. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862 bis 1869/70, 2 Bde., Stuttgart 1977.

64 In diesem Abschnitt werden unveröffentlichte und veröffentlichte Teile aus meiner 2005 erschienenen Dissertation genutzt (Jürgen Schmidt, Begrenzte Spielräume. Eine Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurts 1870–1914, Göttingen 2005).

das Partei- und Organisationsmilieu anders ausgelegt als das soziale Milieu der Arbeiterschaft. Das Organisationsmilieu lebte von aktiver Teilnahme; soziale Homogenität spielte dagegen eine eher untergeordnete Rolle. Um die Vielgestaltigkeit sozialdemokratischer Lebenswelten sowie Überschneidungs- und Berührungsflächen beziehungsweise die Nicht-Überschneidung verschiedener Milieuebenen deutlich zu machen, erfolgt daher eine Diversifizierung des Milieubegriffs in ein Organisationsmilieu der aktiven Mitglieder, ein soziales Milieu der potenziellen Anhänger und Sympathisanten sowie ein sozialmoralisches Milieu, das »durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen« zusammengehalten wird.<sup>65</sup> Mit dieser Modifikation des sozialmoralischen Milieus, das gerade für das späte Kaiserreich nach wie vor überzeugend ist, soll gleichzeitig einem Problem in der Milieudefinition von Lepsius begegnet werden. Dort wird ausgehend von der Existenz eines sozialen Milieus auf Organisationen innerhalb des Milieus geschlossen und die darin vorkommenden Organisationen dienen wiederum als Beleg für die Existenz des sozialmoralischen Milieus – ein klassischer Zirkelschluss.<sup>66</sup>

#### *II.a. Gewerkschaften und Sozialdemokratie am Beispiel Erfurts im Kaiserreich*

Die Führungsspitze des »Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins« hatte zu Gewerkschaften und Streiks ein zwiespältiges Verhältnis, da sie in ihrer auf Ferdinand Lassalle zurückgehenden Theorie des »ehernen Lohngesetzes« den Gewerkschaften eigentlich keine Bedeutung beimaß. Unter dem Eindruck der Streikwellen ab 1868 und in der praktischen Arbeit vor Ort wurden allerdings antigewerkschaftliche Vorbehalte im ADAV beiseitegefegt.<sup>67</sup> In Erfurt entstanden Ende des Jahres 1868 Mitgliedschaften des »Gewerkvereins deutscher Holzarbeiter«, des »Allgemeinen Deutschen Schuhmachervereins« sowie der »Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterschaft«.<sup>68</sup> Initiator war der zu diesem Zeitpunkt noch dem ADAV angehörende Theodor York, der als reisender Agitator auch bei der Gründung der Erfurter ADAV-Gemeinde im Februar 1865 eine tragende Rolle gespielt hatte.<sup>69</sup> Neben diesem von politischer Seite initiierten Gründungsakt gab es bereits Mitte der 1860er Jahre rund um Streiks in der Bekleidungsbranche Kristallisationspunkte für mögliche Zusammenschlüsse der Arbeiter. 1865 hatten ein Teil der Erfurter Schuhmacher erfolglos, ein Teil der Schneider dagegen erfolgreich Lohnerhöhungen von den Meistern und Fabrikanten gefordert. Zu einer dauerhaften, eigenständigen organisatorischen Arbeitervertretung dieser beiden Berufe kam es allerdings noch nicht.<sup>70</sup>

65 Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur*, S. 68; vgl. auch Sebastian Priifer, *Sozialismus statt Religion. Die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863–1890*, Göttingen 2002, S. 101–107.

66 Vgl. die größtenteils nicht in die Buchfassung übernommene Diskussion des Milieubegriffs in Welskops Habilitationsschrift an der Freien Universität Berlin (*Das rote Banner der Brüderlichkeit*, Manuskript, S. 69–95). Zu neueren Verwendungen des Milieubegriffs in der Geschichtswissenschaft vgl. auch Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010.

67 Schönhoven, *Die deutschen Gewerkschaften*, S. 32; Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit*, S. 263.

68 Michael Schneiderheinze, *Arbeiterbewegung in der preußischen Provinz Sachsen. Zum Kampf des deutschen Proletariats vom Abschluß der Reaktionsperiode bis zur Gründung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands 1875*, Diss., Halle-Wittenberg 1988, S. 74.

69 Vgl. zu Theodor York: Christian Gotthardt, *Industrialisierung, bürgerliche Politik und proletarische Autonomie. Voraussetzungen und Varianten sozialistischer Klassenorganisationen in Nordwestdeutschland 1863 bis 1875*, Bonn 1992, S. 202, Anm. 10.

70 Schneiderheinze, *Arbeiterbewegung in der preußischen Provinz Sachsen*, S. 84; zur Unterscheidung von befristeten Streikkoalitionen und dauerhaften Gewerkschaften vgl. auch Schneider, *Kleine Geschichte der Gewerkschaften*, S. 42.

1869/70 vollzog sich der parteipolitische Richtungswechsel in den Erfurter Gewerkschaften. War bis zu diesem Zeitpunkt noch eher eine ADAV-geprägte Struktur vorhanden, so dominierte nun die ›Eisenacher‹-Linie rund um August Bebel und die SDAP. Ab Oktober 1869 existierten in Erfurt die »Internationale Gewerksgenossenschaft der Holzarbeiter« sowie die der Maurer und Zimmerleute.<sup>71</sup> Nach einem von August Bebel vorgelegten Musterstatut kämpften diese Gewerksgenossenschaften – auch mit dem Mittel des Streiks – unter anderem dafür, »die Würde und das materielle Interesse der Beteiligten zu wahren und zu fördern«.<sup>72</sup> Diese Gewerkschaftsrichtung entfaltete eine immer größere Agitation. Da sich darüber hinaus zur gleichen Zeit auf nationaler Ebene die ADAV-Spitze in einer Krise befand, wendeten sich auch auf lokaler Ebene die gewerkschaftlich aktiven Erfurter Arbeiter – ähnlich der Entwicklung im Reich – dem Angebot Bebels und seiner Partei zu.<sup>73</sup> Anfang des Jahres 1870 vollzogen auch die Erfurter Mitglieder des »Allgemeinen Deutschen Schuhmachervereins« den Wechsel: Nach dem Willen des Erfurter Vorstands sollte sich diese Gewerkschaftsgruppierung dem Gewerkschaftsdachverband des ADAV, dem »Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverband«, anschließen. Doch dagegen regte sich unter den Mitgliedern Widerstand. Wie stark parteipolitische Auseinandersetzungen in die Gewerkschaftsarbeit einfließen, zeigte sich daran, dass dieser Widerstand von außen – von der Erfurter Sektion der »Internationalen Gewerksgenossenschaft der Schneider« – in die Organisation der Schuhmacher getragen wurde. Dies geschah mit Erfolg: Am 21. Februar 1870 gründeten die Schuhmacher eine Erfurter Dependence der »Internationalen Gewerksgenossenschaft der Schuhmacher«.<sup>74</sup> Die Schneider stellten ihren Organisationsvorsprung und Erfahrungsschatz zur Verfügung. Ebenfalls sind Nachwirkungen von August Bebels Agitationsreise durch Thüringen, als er im Juni 1869 in Erfurt Station machte, nicht auszuschließen. Dass Theodor York, der die Erfurter ADAV-Ableger 1868 initiiert hatte, den Weg zur SDAP gefunden hatte, mag ein weiterer Grund für die Umorientierung in den Erfurter Gewerkschaften gewesen sein. An der Dominanz der Gewerksgenossenschaften jedenfalls änderte sich nichts mehr. Bereits 1870 feierte man selbstbewusst das erste Stiftungsfest der Bewegung. Außerdem befand sich mit der »Internationalen Gewerksgenossenschaft der Holzarbeiter«, der 1872 in Erfurt 350 und ein Jahr später 480 Mitglieder angehörten, in der Stadt ein »bedeutendes Zentrum« der SDAP-Gewerkschaftsbewegung der Provinz Sachsen.<sup>75</sup>

Das Gründungsjahrzehnt der Erfurter Gewerkschaften wurde demnach von den beiden konkurrierenden Arbeiterparteien, dem ADAV und der SDAP, bestimmt.<sup>76</sup> Für eine Konstituierung ›von unten‹ infolge von Streiks existierte kaum ein Spielraum. Die Initiatoren kamen von außerhalb der Stadt. Es war die Stunde der von Thomas Welskopp beschriebenen Milieuvernetzer, die sich mit lokal aktiven Arbeitern in Verbindung setzten. Erreicht wurden die Gesellen im Bekleidungssektor sowie die Holz-, Bau- und Metallarbeiter. Mit

71 *Schneiderheinz*, Arbeiterbewegung in der preußischen Provinz Sachsen, S. 111.

72 Zit. nach: *Schneider*, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 46; vgl. auch *Klaus Tenfelde*, Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: *ders./Klaus Schönhoven/Michael Schneider* u. a., Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, hrsg. v. *Ulrich Borsdorf* unter Mitarbeit v. *Gabriele Weiden*, Köln 1987, S. 15–165, hier: S. 115f.

73 Vgl. für die allgemeine Entwicklung *Schönhoven*, Die deutschen Gewerkschaften, S. 32.

74 *Schneiderheinz*, Arbeiterbewegung in der preußischen Provinz Sachsen, S. 113.

75 Ebd., S. 114, 152 und 154.

76 Vgl. die Diskussion bei *Kocka*, Lohnarbeit und Klassenbildung, S. 179; vgl. dagegen *Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 265: »Diese fortgesetzte Schwäche der Gewerkschaftsbasis machte die Gründung von Berufsverbänden in den meisten Branchen von der Initiative der sozialdemokratischen Parteien abhängig.«; vgl. auch *Gotthardt*, Industrialisierung, bürgerliche Politik und proletarische Autonomie, S. 270f.

Ausnahme der Metallarbeiter dominierten in allen Berufen kleingewerbliche Strukturen. Für Absprachen auf betrieblicher Ebene war für die noch vorwiegend in der Hausindustrie beschäftigten Schuhmacher und Schneider kaum Raum vorhanden. Es bedurfte daher des Impulses durch die politische Arbeiterbewegung, um die Gewerkschaftsidee in die Erfurter Arbeiterschaft zu tragen. Hinzu kam außerdem, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaften in ihrer Frühphase ihren Mitgliedern, wie Christiane Eisenberg betonte, wenig Nutzen, aber viele Nachteile bringen konnten. Der Beitritt geschah deshalb weniger aus einem individualistischen Nutzenkalkül heraus als vielmehr aus politisch-ideologischer Überzeugung.<sup>77</sup>

Überhaupt standen beide Organisationsformen in enger personeller Verflechtung. Die Gründer und Initiatoren der Gewerkschaften kamen zwar aus der Partei, übernahmen aber parallel dazu Führungsfunktionen in den neu geschaffenen Organisationen.<sup>78</sup> Aus dieser Entwicklung mag durchaus eine gewisse Kolonisation der Gewerkschaften durch die Partei, im Sinne einer Unterordnung des Gewerkschaftsprinzips unter das der Partei, sprechen.<sup>79</sup> Andererseits konnten die Führungspersonlichkeiten nicht losgelöst von der Gewerkschaftsbasis und ihren Forderungen agieren, noch dazu, da – nach dem Rückschlag infolge des Kriegs von 1870/71 – ab Mitte der 1870er Jahre die Gewerkschaftsarbeit stabilisiert und verbreitert werden musste. Schließlich darf die Vermittlung, das Weiterwirken, die Transformation und Neugewichtung handwerklicher Ideen, Traditionen und Vorstellungen nicht vergessen werden, die eine Vielzahl der Agitatoren in ihrer eigenen beruflichen Sozialisation erlebt hatten, darunter auch die für Erfurt wichtigen Figuren wie der Tischler Theodor York, der Schuhmacher Wilhelm Bock und der Schneider Paul Reißhaus. Im Statut des Erfurter »Bundes der Tischler und Berufsgenossen« von 1876 kam die Verknüpfung aus Altem und Neuem zum Ausdruck. Zweck der aus der verbotenen Gewerkschaft der Holzarbeiter hervorgegangenen Organisation war es, »die Ehre und materiellen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der immer mehr wachsenden Macht des Kapitals resp. der Arbeitgeber zu schützen.«<sup>80</sup> Handwerkliche Ehre und Kampf gegen das Kapital fügten sich in einer knappen Formel zusammen.

Trotz aller parteipolitischen Schwenks und äußeren Belastungsfaktoren konnten die ersten Erfurter Gewerkschaften 1878 auf eine zehnjährige Tradition blicken, hatten ihre Aufgaben und Ziele formuliert, einen kleinen Funktionärskörper aufgebaut, erste Streiks durchgeführt (oder verhindert) und Mitglieder kommen und gehen gesehen.<sup>81</sup> Die Kontinuität gewerkschaftlicher Arbeit vor Ort wurde denn auch nicht durch mögliche Reibereien oder Rivalitäten zwischen Gewerkschaften und parteipolitischen Organisationen gefährdet, sondern durch die staatliche Verfolgungspraxis. Bereits vor dem Sozialistengesetz waren zwischen 1876 und 1878 in Erfurt sechs Gewerkschaftsorganisationen geschlossen worden oder hatten sich selbst aufgelöst, um ihre Vereinskassen vor der staatlichen Verfolgung zu retten.<sup>82</sup> Mit Erlass des Sozialistengesetzes verschärfte der Staat die

77 Christiane Eisenberg, *Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich*, Göttingen 1986, S. 209.

78 Vgl. Bock, *Im Dienste der Freiheit*, S. 47: »Ich wollte meine Kraft und Fähigkeiten in gleicher Weise der Partei wie der Gewerkschaft widmen.«

79 Vgl. allgemein zum Verhältnis von Partei und Gewerkschaft in den 1860er Jahren: Schönhoven, *Die deutschen Gewerkschaften*, S. 33f.; Schneider, *Kleine Geschichte der Gewerkschaften*, S. 44ff.; Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit*, S. 268f.; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914*, München 1995, S. 158–160.

80 Bericht der Polizeiverwaltung an den Regierungspräsidenten, 12.8.1878, Stadtarchiv Erfurt (künftig StAE) 1-2/124-1, Bl. 55.

81 Vgl. auch Tenfelde, *Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, S. 143.

82 Nachweisung der in den letzten 3 Jahren aufgelösten Vereine, August 1878, StAE 1-2/124-1, Bl. 39.

Verfolgungsmaßnahmen, ohne allerdings die entstandenen Strukturen völlig zerschlagen zu können. Über Kranken- und Unterstützungskassen konnten gewerkschaftliche Traditionslinien fortbestehen<sup>83</sup>, auch wenn die überwachende Polizeibehörde immer wieder feststellte, dass in den Versammlungen »Aeußerungen nicht vorgekommen [sind], welche über den bezeichneten Zweck hinausgegangen wären« und keine der Kassen »in irgendeiner Beziehung zu sozialdemokratischen Gewerkschaften« stünde.<sup>84</sup>

Die sogenannte »milde« Phase des Sozialistengesetzes ab Anfang der 1880er Jahre verschaffte der Arbeiterbewegung etwas Luft; außerdem trafen aus den Städten, für die der »kleine Belagerungszustand« galt (Berlin, Hamburg, Leipzig), ausgewiesene Agitatoren in Erfurt ein und verstärkten nicht nur die Partei-, sondern auch die Gewerkschaftsinitiativen in der Provinz. Das Kassenwesen wurde immer stärker ausgebaut und eine Einflussnahme der sozialdemokratischen Bewegung war bis Mitte der 1880er Jahre unübersehbar. Auf einer öffentlichen Schuhmacherversammlung im September 1883 wurde das Kassenwesen vor 300 Teilnehmern diskutiert, und beim Stiftungsfest der »Allgemeinen Arbeiterunterstützungskasse« hielt der später als Sozialdemokrat in Erfurt in zahlreichen Funktionen hervortretende Konditorgehilfe Ernst Goldammer eine kurze Ansprache über das Unterstützungskassenwesen. Die Polizeiverwaltung Erfurts meldete bereits im Dezember 1883, dass »namentlich der Vorstand der Zigarrenarbeiterkrankenkasse die sozialdemokratische Propaganda« betreibe.<sup>85</sup> 1885 gab es 19 Kassen, davon waren in mehreren Vorständen Sozialdemokraten vertreten.<sup>86</sup> Der aus Berlin ausgewiesene Sozialdemokrat Paul Reißhaus war Vorsitzender der beiden Kassenorganisationen der Schneider.<sup>87</sup> Zum gleichen Zeitpunkt gründeten sich in Erfurt verstärkt Fachvereine, lokal organisierte Interessenvertretungen der einzelnen Berufszweige, die möglichst »schnell zur informellen überregionalen Kontaktaufnahme« übergingen.<sup>88</sup> 1885 verzeichnete der Polizeibericht entsprechende Vereine für die Tischler (70 Mitglieder), Buchbinder (32 Mitglieder), Schneider (70 Mitglieder) und Glaser (17 Mitglieder) sowie den aus einer Protestaktion hervorgegangenen »Fachverein der Maurer«.<sup>89</sup>

83 Im September 1879 gab es acht Hilfskassen in Erfurt und zwar für Buch- und Steindrucker, für »selbständige zunftfreie Schuhmachermeister«, für Tischler, Zimmergesellen, Klempner, Buchbindergehilfen sowie eine »Allgemeine Schuhmacher-Krankenkasse«. Hinzu kamen drei »Zahlstellen auswärts eingeschriebener Hilfskassen« für Schneider, Tischler und Metallarbeiter, Polizeiverwaltung Erfurt an Regierung Erfurt, 16.9.1879, StAE 1-2/120-1, Bl. 76f. Vgl. *Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde*, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts (1976), in: *Ritter*, Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland, S. 131–182, hier: S. 145.

84 Vierteljährlicher Bericht der Polizeiverwaltung an den Regierungspräsidenten, 13.3.1879, StAE 1-2/124-1, Bl. 125f.; sowie: Polizeiverwaltung Erfurt an Regierung Erfurt, 16.9.1879, StAE 1-2/120-1, Bl. 76f.

85 Halbjahresbericht der Polizeiverwaltung an den Regierungspräsidenten, 1.9.1883, StAE 1-2/124-1, Bl. 363f.; Polizeiverwaltung Erfurt an den Regierungspräsidenten, 28.12.1883, StAE 1-2/124-1, Bl. 273.

86 Zur Bedeutung des Kassenwesens für den Erhalt und Ausbau der Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz vgl. *Gerhard A. Ritter*, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive (1989), in: *Ritter*, Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland, S. 183–226, hier: S. 187.

87 Polizeiverwaltung an den Regierungspräsidenten, 19.9.1885, StAE 1-2/120-1, Bl. 352–355. Vgl. auch allg. *Ritter*, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, S. 187.

88 *Schönhoven*, Die deutschen Gewerkschaften, S. 49.

89 Halbjahresbericht der Polizeiverwaltung an den Regierungspräsidenten, 19.9.1885, StAE 1-2/124-1, Bl. 344ff. Die Tischler und Buchbinder hielten je 17 Versammlungen, die Schneider 24 Versammlungen im Berichtszeitraum ab. In einer öffentlichen Maurerversammlung beschwerten sich die Anwesenden über die viel zu geringen Löhne und übten daher scharfe Kritik an den Maurermeistern. Noch am gleichen Abend wurde der Fachverein der Maurer gegründet.

Hinzu kamen die Vereinigungen der Buchdrucker, Schuhmacher sowie Zimmerer.<sup>90</sup> Bis auf die Glaservereinigung waren die Pioniere der ersten Gründungswellen wieder die Initiatoren der Bewegung. Mit diesem »Hebel der Organisierung«<sup>91</sup> unter dem Sozialistengesetz war die Gewerkschaftsarbeit weitgehend gesichert und das lokale Netzwerk zwischen Gewerkschaft und politischer Bewegung hatte sich bewährt. 1886 befanden sich unter den 28 Mitgliedern des »Reiseunterstützungsverbandes der Schneider« elf Schneider, die der Sozialdemokratie zuzurechnen waren.<sup>92</sup>

Mit dem Ende des Sozialistengesetzes, den kontinuierlich auftauchenden Streikwellen, der freieren, publikumswirksamen Öffentlichkeitsarbeit zeichnete sich seit Mitte der 1890er Jahre eine Tendenz zur Verstetigung, Festigung und Verbreiterung der Bewegung ab. Die Freien Gewerkschaften standen nach der durch Konjunkturunbruch und verlorene Streiks eingetretenen Krise 1891/93 vor dem »Durchbruch zur Massenorganisation«.<sup>93</sup> Vor allem die Niederlage der Erfurter Schuhmacher im Streik und in der Aussperrung 1890/91, dem größten Arbeitskampf in Erfurt vor der Jahrhundertwende, hatte einen unmittelbaren Lerneffekt auf die Gewerkschaftsbewegung, denn »gerade die bei dieser Aussperrung gemachten Erfahrungen veranlassten am 23. April 1891 die Gründung des ersten Erfurter Gewerkschaftskartells, das erste in Deutschland, das auf dem Vertrauensmänner-System errichtet wurde«.<sup>94</sup> Die Erfurter Gewerkschafter hatten sich damit ein ähnliches Organisationsmodell geschaffen, wie es ein Jahr später auf dem ersten zentralen Gewerkschaftskongress in Halberstadt für jene Orte vorgeschlagen wurde, in denen »gesetzliche Hindernisse« zur Gründung einer lokalen Zahlstelle bestünden.<sup>95</sup> Dieses Statut hatte bis Ende des Jahrhunderts Bestand, als sich 1899 eine »Reorganisation« abzeichnete und »[s]ämtliche Gewerkschaften Erfurts sich zu einem Kartell« zusammenschlossen.<sup>96</sup>

Trotz erheblicher Fluktuation stieg die Mitgliederzahl nach 1890 in Erfurt kontinuierlich. 1896 gehörten erstmals mehr als tausend Mitglieder den Gewerkschaften an. Die Zahl der Einzelgewerkschaften im Erfurter Gewerkschaftskartell stieg von 16 im Jahr 1898 auf 28 Einzelorganisationen im Jahr 1913. Zwischen 1900 und 1902 stagnierte die Zahl der Mitglieder bei 2.500; zwischen 1906 und 1909 lag sie bei rund 5.500. Mit ungefähr 10.500 Mitgliedern in den Jahren 1912 und 1913 erreichten die Gewerkschaften ihren Höhepunkt.<sup>97</sup> Der Gesamttrend verlief dabei ähnlich der nationalen Entwicklung im Kaiserreich.

90 Diese drei Berufsgruppen werden nicht im Bericht erwähnt, hatten aber zu diesem Zeitpunkt nach Angaben der Gewerkschaften bereits lokale Organisationen gebildet, vgl. Materialsammlung des Studenten Alfred Steffen zu einer Geschichte der Erfurter Arbeiterbewegung, StAE 5/850-2, Bd. 2.

91 Ritter/Tenfelde, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften, S. 146.

92 Mitgliederverzeichnis, 23.10.1886, Thüringisches Staatsarchiv Gotha (künftig: ThSTA Gotha), Regierung zu Erfurt, Nr. 478, Bl. 342.

93 Die konkurrierenden Modelle der Hirsch-Dunckerschen und christlich-nationalen Gewerkvereine konnten nicht weiter verfolgt werden, da außer einigen Mitgliederzahlen keine weiteren Quellen vorlagen.

94 Tribüne, Nr. 104, 6.5.1909, Beilage.

95 Resolution zur Organisationsfrage auf dem Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, März 1892, zit. nach: Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 412.

96 Tribüne, Nr. 78, 2.4.1899 und Nr. 83, 9.4.1899. Einen Zusammenschluss aller Gewerkschaften kann es nicht gegeben haben, da noch 1906 in der Tribüne mitgeteilt wurde, »daß die Bemühungen des Kartellvorstandes gelungen sind, alle Gewerkschaften mit Ausnahme der Bauarbeiter dem Kartell anzugliedern« (Tribüne, Nr. 54, 5.3.1906). Dass sich die Bauarbeiter den Zentralisierungsbemühungen entzogen, war ein reichsweit festzustellender Trend, vgl. Schönhoven, Die deutschen Gewerkschaften, S. 63.

97 Die Erfurter Freien Gewerkschaften lagen (gemessen an der Einwohnerzahl) in etwa auf gleichem Niveau wie die Magdeburger Gewerkschaften. 1903 gehörten in Erfurt rund 3.200 Perso-

Mit dem Erfolg der Gewerkschaften machten sich Spannungen zwischen reformorientierten Gewerkschaften und einer sich revolutionär gebenden Parteiführung bemerkbar. Dass sich die Gewerkschaften aus der Bevormundung durch die Partei befreit hatten und der Anteil der Gewerkschaftsfunktionäre in der Reichstagsfraktion der SPD und damit ihr Einfluss innerhalb der Partei stieg<sup>98</sup>, machte die Situation nicht einfacher. Der überproportionale Erfolg der Gewerkschaften im Mitgliederaufkommen weckte zudem Neid und Unverständnis. Bruno Kühn imitierte 1910 in seiner Agitationschrift »Bist Du Sozialdemokrat?« die Stimme eines Gewerkschafters: »Ich bin organisiert, zahl meine Beiträge, wähle nur rot, was soll ich weiter machen«, und antwortete ihm: »Freundchen, es genügt nicht!«<sup>99</sup> Den meisten Arbeitern reichte die Gewerkschaftsmitgliedschaft offensichtlich völlig: Nur rund ein Viertel aller in Erfurt gewerkschaftlich organisierten Arbeiter engagierte sich darüber hinaus am Vorabend des Ersten Weltkriegs parteipolitisch.

Dennoch: Auch wenn sich im Verlauf des Kaiserreichs die Gewichte innerhalb des sozialistischen Organisationsmilieus zugunsten der Gewerkschaften verschoben, blieben Partei und Freie Gewerkschaften funktional aufeinander angewiesen. Vor Ort erwies es sich durchaus als Vorteil, dass die Führungsfiguren sowohl in den Gewerkschaften als auch in den sozialdemokratischen Vereinen aktiv waren. Sie agierten als Ansprechpartner für das Politische und das Soziale. Auch wenn organisatorisch und ideologisch beide Organisationen keineswegs einer Meinung waren, boten sie einen gemeinsamen Orientierungsrahmen, einen kollektiv vertretenen Wertekanon an, der Bindung erzeugte. Die Gesellschaft des Kaiserreichs hielt zu Beginn des 20. Jahrhunderts inzwischen zahlreiche Identifikationsangebote bereit, die über Klassenstrukturen hinaus wiesen – sei es als Deutscher in einem zusehends national aufgeladenen europäischen Staatensystem, als Konsument in einem immer breiteren Waren-, Freizeit- und Kulturangebot oder als durch den expandierenden Sozialstaat zumindest ansatzweise abgesicherter künftiger Rentenempfänger. Andererseits blieb der Klassencharakter des Kaiserreichs sichtbar und wurde im gemeinsamen Organisationsmilieu sozialistischer Gewerkschaften und Arbeiterparteien weiter propagiert und »gepflegt« sowie nach außen ins soziale Milieu der Arbeiterschaft getragen. So entstand ein sozialmoralisches Milieu, in dem man sich eingerichtet hatte und das eben auch politisch Halt bot, wenn nicht als Partei- beziehungsweise politisches Vereinsmitglied, so doch als Wähler in den Reichstagswahlen.<sup>100</sup> Insgesamt wurden sozioökonomische Spannungslinien im Zusammenspiel von Gewerkschaften und Partei so transformiert, dass sie politisch kommunizierbar wurden. Da es darüber hinaus in der Gesellschaft und der politischen Landschaft – abgesehen von der Zentrums- und katholisch gebundene Arbeiter – wenig Alternativen gab, blieb die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Partei der Grundpfeiler dieses sozialmoralischen Milieus, ohne je im sozialen Milieu zu einer auch nur annähernden Deckung von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zu führen, geschweige denn die potenzielle Wählerschaft als Ganzes in das Organisationsmilieu von Partei und Gewerkschaft integrieren zu können. Dies untersucht der folgende Abschnitt.

nen den Gewerkschaften an, in Magdeburg waren es 9.000, das auch zweieinhalbmal so viele Einwohner wie Erfurt hatte, vgl. *Ingrun Drechsler*, Die Magdeburger Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Diss., Magdeburg 1992, S. 94.

98 Vgl. zusammenfassend: *Schneider*, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 92–99.

99 *Bruno Kühn*, Bist Du Sozialdemokrat? Eine Aufforderung an alle der Sozialdemokratie fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen, Gotha 1910, S. 7.

100 In den öffentlichen, nach dem Dreiklassenwahlrecht ausgeübten Kommunalwahlen in Erfurt blieb die Wählerschaft dagegen im Wesentlichen auf die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins beschränkt.

### II.b. Milieuvernetzung zwischen Betrieb, Gewerkschaft und Partei

In den Jahren nach dem Sozialistengesetz war das sozialdemokratische Organisationsmilieu immer dichter geworden. 1910 hatte der sozialdemokratische Verein Erfurts rund 2.300 Mitglieder, die Gewerkschaften zählten 8.400 Mitglieder. Es gab Gesang-, Turn- und Radfahrersportvereine, es bestand eine Konsumgenossenschaft mit viertausend Mitgliedern (1914). Seit 1897 besaßen Vereins- und Gewerkschaftsbewegung mit dem »Tivoli« ein eigenes, gemeinsam genutztes Vereins- und Versammlungsheim. Die in 11.000 bis 14.000 Exemplaren gedruckte sozialdemokratische Zeitung »Tribüne« lag in über hundert Lokalen und Kneipen der Stadt aus.<sup>101</sup> In den letzten Reichstagswahlen vor Ausbruch des Kriegs erreichte die Sozialdemokratie mit 12.800 Stimmen erstmals die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Stadtkreis; über 380.000 Flugblätter und 17.000 Broschüren waren gedruckt worden.<sup>102</sup> Erstmals konnte ein sozialdemokratischer Abgeordneter aus dem Wahlkreis in das Parlament einziehen. Die Verfestigung der Milieustrukturen wird auch aus der Relation zwischen Parteimitgliedern und Wählerschaft deutlich. Noch 1898 kamen auf hundert Wähler lediglich vier Parteimitglieder, 1903 waren es bereits acht und 1912 schließlich waren es 23 Parteimitglieder pro hundert Wähler.<sup>103</sup> In den beiden nördlichen Bezirken der Stadt IV und XIV zählte 1906 nach einer Stichproben-Auswertung des Adressbuches (N = 1.328) zwei Drittel ihrer Einwohner zur Arbeiterschaft; rund 45 % aller Arbeiter aus der Stichprobe lebten in diesen beiden Stadtbezirken. Dort lag das »Tivoli« und in einigen durch eine Wohnungsbaugenossenschaft errichteten Straßenzügen erhielt die Sozialdemokratie bei den Wahlen von 1912 fast 80 % der Stimmen. Es war eine Hochburg der Facharbeiter aus den die Erfurter Industrie bestimmenden Wirtschaftsbranchen der Schuhherstellung und der Metallindustrie.<sup>104</sup> Freilich bedeutete diese sozialräumliche Nähe und Dichte des sozialen Milieus keineswegs, dass große Teile der Arbeiterschaft die organisatorischen Angebote der Sozialdemokratie nutzen würden. 1905 rechnete die »Tribüne« ihren Lesern vor, dass von den rund 4.000 (gewerkschaftlich) organisierten Arbeitern lediglich rund vierhundert in den bestehenden fünf Erfurter Arbeitergesangsvereinen vertreten waren: »[E]s bleibt also noch eine sehr große Ziffer übrig. Mögen auch viele zum Singen keine Stimme haben, ein besseres Resultat in den Mitgliederziffern müßte sich doch ergeben. Wo sind nun die übrigen? Diese Frage ist ja kurz beantwortet: in den bürgerlichen Gesangsvereinen.«<sup>105</sup> Trotz des erfolgreichen Milieuaufbaus wird in den Unterschieden der Mitgliederzahlen – wie auch in den Reaktionen der Parteipresse – deutlich: Eine die Arbeiterschaft in ganzer Breite umfassende, von der Wiege bis zur Bahre in das sozialdemokratische Vereinswesen eingebettete Gemein-

101 Willibald Gutsche (Hrsg.), Geschichte der Stadt Erfurt, hrsg. im Auftrag des Rates der Stadt Erfurt v. Willibald Gutsche, 2., überarb. Aufl., Weimar 1989, S. 341.

102 Halbjahresbericht der Polizeiverwaltung an den Regierungspräsidenten, 9.9.1912, ThSTA Gotha, Regierung zu Erfurt, Nr. 466.

103 In absoluten Zahlen: 1898 gehörten dem sozialdemokratischen Verein nur 250 Mitglieder bei rund 5.800 sozialdemokratischen Wählern an; 1912 lag die Mitgliederzahl bei rund 3.000; rund 12.000 Männer hatten sozialdemokratisch gewählt. Vgl. auch Stephan Bleek, Quartierbildung in der Urbanisierung. Das Münchener Westend 1890–1933, München 1991, S. 280. Nach Bleeks Charakterisierung wäre auch die Erfurter Sozialdemokratie vor allem eine »Wählerpartei« und nicht eine Mitgliederpartei gewesen, da Bleek die Münchner Sozialdemokratie bei einem Anteil von 27 Mitgliedern pro hundert Wähler als »Wählerpartei« ansah (im Gegensatz zu Nürnberg mit 48 Mitgliedern pro hundert Wähler). Das ändert nichts an der Tatsache der Verdichtung des Milieus in Erfurt im zeitlichen Verlauf.

104 Schmidt, Begrenzte Spielräume, S. 325f.

105 Tribüne, Nr. 101, 30.4.1905, Beilage. Diese Klagen über Doppelmitgliedschaften wiederholten sich in der »Tribüne« regelmäßig, vgl. Nr. 193, 19.8.1908.

schaft hat es auch in der Phase der Blüte und des Erfolgs nicht gegeben.<sup>106</sup> Das sozialmoralische Milieu und die Organisation blieben eng aufeinander bezogen, waren aber nicht deckungsgleich.

Selbst für die gewerkschaftliche Interessenvertretung mit ihren recht klar umrissenen sozioökonomischen Zielstellungen und Forderungen gestaltete sich die Kontaktaufnahme innerhalb des sozialen Milieus der Arbeiterschaft je nach Branche sehr unterschiedlich. Zahlreiche Faktoren übten Einfluss aus. Ein Beispiel für organisatorische Erfolge stellte die Erfurter Schuhindustrie dar. Hier war bereits in den 1880er Jahren der Übergang zur Massenfertigung vollzogen worden, und es wurde im zentralisierten Großbetrieb produziert. Großbetriebliche Produktion versprach jedoch keineswegs automatisch eine höhere und bessere Organisationsfähigkeit. Die Riesenbetriebe der Eisen- und Stahlbranche, allen voran die Werke von Krupp, zeigten dies deutlich. In Erfurt allerdings gelang es erfahrenen Gewerkschaftern, die auch im sozialdemokratischen Verein aktiv waren, bereits Anfang der 1890er Jahre, dass die Gewerkschaft in einzelnen Abteilungen der größten Erfurter Schuhfabrik Fuß fassen konnte; in diesen Abteilungen lag die gewerkschaftliche Organisationsquote bei rund 30%.<sup>107</sup> Durch Werksversammlungen, erfolgreiche Streiks und massive Werbung gelang zwischen 1909 und 1913 der Gewerkschaft der Schuhmacher in Erfurt der Durchbruch zur Massenorganisation. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stieg von 945 auf fast 3.000 an, darunter 797 Frauen.<sup>108</sup> Gemessen an der Zahl der 1907 in Erfurt in der Schuhbranche Beschäftigten (nach der Berufsstatistik) bedeutete dies für 1913 einen Organisationsgrad von annähernd 70%; rechnet man eine Steigerung der Beschäftigtenzahlen mit ein, müssen ein Jahr vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs immer noch deutlich mehr als die Hälfte der Erfurter Schuhmacher gewerkschaftlich organisiert gewesen sein. Der Schuhmacher-Gewerkschaft gelang es unter Einsatz moderner Kommunikationsmittel sowie der Integration geschlechterspezifischer Forderungen, eine Lohnarbeiterschaft zu erreichen, die durch Geschlecht und Qualifikation stark segregiert gewesen war.

Den entgegengesetzten Weg des Beharrens und des Ausschlusses gingen die Buchdrucker. Hier blieb die Elite der Drucker und Setzer unter sich. In Erfurt wurde 1900 die erste Setzmaschine in Betrieb genommen. Nach Einführung der Setzmaschine wehrten die ehemaligen Handsetzer die Übernahme ihrer Arbeitsplätze durch angelegerte Arbeitskräfte ab.<sup>109</sup> Vor allem nutzten sie ihre Arbeitsplatz-Machtressourcen, um das Vordringen von Frauen zu verhindern.

»Häufig genügte, wie heute noch, die Weigerung der übrigen Arbeiter, mit Setzerinnen zusammenzuarbeiten. Sonst gelang es fast stets den tariflichen Organen, entweder die Entlassung der Maschinensetzerinnen zu bewirken oder eine tarifliche Entlohnung herbeizuführen. Das letztere Mittel gab dann bald Anlaß, der Männerarbeit den Vorzug zu geben, sobald die Frauenarbeit nicht mehr billiger zu haben war.«<sup>110</sup>

106 Vgl. allgemein *Nathaus*, Organisierte Geselligkeit, S. 129 und 293f., der davon ausgeht, dass in der Arbeiterschaft Freizeitvergnügen jenseits der sozialdemokratischen Vereine gesucht wurde. Angesichts von 1,1 Millionen SPD-Parteimitgliedern hätten der Arbeiter-Turnerbund beziehungsweise der Arbeiter-Sängerbund mehr als 180.000 beziehungsweise 108.000 Mitglieder haben müssen.

107 Mitgliederverzeichnis des Vereins deutscher Schuhmacher, Januar 1891, ThSTA Gotha, Regierung zu Erfurt, Nr. 482, Bl. 252–258. Es lagen keine weiteren Betriebsquellen vor, um die (Nicht-)Reaktion der Firmenleitung zu rekonstruieren.

108 Jahresbericht für 1910. Arbeiter-Sekretariat und Gewerkschaftskartell Erfurt, S. 59–61.

109 Gedenkschrift zum 25-jährigen Bestehen des Ortsvereins Erfurt des Verbandes der Deutschen Buchdrucker 1883–1908, Erfurt 1908, S. 52; *Friedrich Christian Beyer*, Die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung der Einführung der Setzmaschine im Buchdruckgewerbe, Karlsruhe 1910, S. 75.

110 *Beyer*, Einführung der Setzmaschine, S. 87.

Die Drucker ihrerseits, die zunehmend an den Druckmaschinen mit Hilfspersonal zusammenarbeiten mussten, verweigerten eine berufsübergreifende Organisation innerhalb ihres Gewerbes. 1908 gründeten daher die Druckereihilfsarbeiter ihre eigene Gewerkschaft. Die günstige Kommunikations- und Kontaktstruktur am Arbeitsplatz und die erfolgreiche Organisationstradition in der Berufsgruppe der Drucker bewirkte zwar eine starke berufliche Binnenhomogenisierung, sorgte aber zugleich für einen mit Standesdünkeln durchzogenen Berufsstolz.<sup>111</sup> Dieser wirkte desintegrierend auf die anderen Arbeiter und Arbeiterinnen im Druckgewerbe.

Erwies es sich schon als schwierig genug, die sozioökonomischen Spannungen in eine organisatorische Interessenvertretung der Gewerkschaften zu überführen, war, wie erwähnt, der Übergang von der Gewerkschaft zur Partei noch schwieriger. Der Schritt von einer ökonomischen Interessenwahrnehmung durch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hin zum aktiven politischen, bürgerschaftlichen Engagement in der Partei war alles andere als selbstverständlich. 1905 gaben bei einer Umfrage unter 371 Mitgliedern des Erfurter Metallarbeiterverbandes nur 20 % (N = 74) an, ebenfalls dem sozialdemokratischen Verein anzugehören.<sup>112</sup> 1910 gehörten von den rund 2.200 gewerkschaftlich organisierten Schuhmachern nur 15 % dem sozialdemokratischen Verein an; von den 313 Buchdruckern jeder fünfte. Es zeigt sich daher, dass die sozioökonomische Lage allein parteipolitisches Engagement nicht ausreichend begründen konnte. Entscheidend blieb die individuelle Disposition, die Bereitschaft, sich auf politische Themen einzulassen, in der Vereinsöffentlichkeit Befriedigung und Selbstbestätigung zu finden, auf eine wesentlich abstraktere Weise als in den Gewerkschaften, sich mit den gesellschaftlichen Bedingungen auseinanderzusetzen. Die Mitgliedschaft in einer Partei blieb eine politische Willensentscheidung, die von sozialen, beruflichen und kulturellen Bedingungen befördert (oder behindert) werden konnte, aber autonom von einer Minderheit getroffen wurde. Dies galt erst recht für jene, die sich über die Mitgliedschaft hinaus der politischen Arbeit innerhalb der Bewegung verschrieben. Diese politische Arbeit wurde im sozialdemokratischen Organisationsmilieu des späten Kaiserreichs dabei immer komplexer. Politische Arbeit blieb zwar größtenteils ehrenamtlich, getragen von dem Einsatz für die Sache des Sozialismus. Daneben setzte aber ein Prozess zunehmender Professionalisierung ein, in dem selbst ein Mittelzentrum wie Erfurt einen hauptamtlichen Arbeitersekretär einstellte und sich die Redakteure der sozialdemokratischen »Tribüne« neben der bezahlten journalistischen Arbeit auch im politischen Verein engagierten und Führungsaufgaben übernahmen.<sup>113</sup>

Dieses Führungspersonal leistete auf allen drei Milieuebenen auch die Vernetzungsarbeit. Es brachte jene Qualifikationen mit, die sich im zivilgesellschaftlichen Teil dieses Aufsatzes bereits angedeutet hatten. Unverzichtbar und zentral war *erstens* kommunikative Kompetenz. Dieses Kriterium galt unabhängig von der Zeit wie auch unabhängig vom jeweiligen Führungszirkel.<sup>114</sup> Paul Reißhaus hatte Anfang der 1880er Jahre den Nimbus »mit allen hervorragenden Führern [der Sozialdemokratie] in Verbindung« zu stehen und

111 Vgl. *Gerhard Beier*, *Schwarze Kunst und Klassenkampf*, Bd. I: Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein (1830–1890), Frankfurt am Main o. J. [1966], S. 71.

112 *Tribüne*, Nr. 287, 8.12.1905, Beilage. 8,1 % gehörten dem Gesangverein, 4,3 % dem Konsumverein, 3,2 % dem Turnverein und 1,6 % dem Arbeiter-Radfahrer-Verein an.

113 *Klaus Tenfelde*, *Arbeitersekretäre. Karrieren in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914*, Heidelberg 1993; *Jürgen Schmidt*, *Sozialdemokratische und bürgerlich-nationale Milieus. Parteiführungen und Parteikarrieren in Erfurt (1871–1924)*, in: *Dieter Dowe/Jürgen Kockal/Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren*, München 1999, S. 229–267; *Wilhelm Heinz Schröder*, *Politik als Beruf? Ausbildung und Karrieren von sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, in: ebd., S. 27–84, insb. S. 29–34.

114 Ebenso *Welskopp*, *Das Banner der Brüderlichkeit*, S. 748.

sich in Berlin organisatorische Fähigkeiten erworben zu haben.<sup>115</sup> Dank seines rednerischen Geschicks gelang es ihm 1889, statt der Gründung eines Arbeiterbildungsvereins die Gründung eines Wahlvereins durchzusetzen.<sup>116</sup> Heinrich Schrader konnte sich in dem Auswahlverfahren zum Erfurter Arbeitersekretär deshalb durchsetzen, da er »in sehr beredter Weise« ein einstündiges Referat über ein vorgegebenes Thema hielt, während sein Erfurter Konkurrent in seinem dreiviertelstündigen Vortrag sein Thema lediglich »[ausführlich] [...] verbreitete.«<sup>117</sup> Erworben wurden die Fähigkeiten vor allem im Selbststudium, in der Lektüre. Paul Reißhaus beispielsweise beschäftigte sich Mitte der 1880er Jahre »sehr viel mit dem Kranken-Versicherungsgesetz«<sup>118</sup>; und Wilhelm Bock resümierte: »[D]as Lesen und Studieren der sozialistischen Broschüren und Bücher machte mich zum begeisterten Anhänger der Sozialdemokratie. Jeden Abend las ich bis 11 Uhr und bis Mitternacht.«<sup>119</sup>

Zweitens waren ein gewisser Erfolg und eine gewisse Erfahrung im Berufsleben bei den aus handwerklichen Kreisen stammenden Kommunikatoren von Wichtigkeit. Gerade bei den berufsbezogenen Vereinen musste man wissen, wovon man sprach, wollte man vor den versammelten Kollegen Wirkung erzielen.<sup>120</sup> Es war entscheidend zu wissen, was sich in den Werkstätten und/oder Fabrikhallen abspielte, um neue Mitglieder zu erreichen und sie in ihrer alltäglichen Arbeitserfahrung anzusprechen, damit sie das selbst Empfundene auf einer abstrakteren Ebene reflektieren konnten. Überzeugen konnte letztlich nur der, der tagsüber im Betrieb »seinen Mann stand«, um am Abend selbstbewusst aufzutreten und zu erklären, dass diese persönliche Fähigkeit, dieser persönliche Erfolg nicht ausreiche, um die eigene Situation wie die Lage aller Kollegen zu verbessern.

Drittens repräsentierten vor allem die Spitzen der Arbeitervereinsbewegung positiv besetzte Werte<sup>121</sup>, die Ausstrahlungskraft auf das soziale Milieu der Arbeiterschaft hatten. In einem Flugblatt des sozialdemokratischen Vereins Erfurt vom Februar 1890 hieß es: »Herr Reißhaus hat es durch Geschicklichkeit, Reellität [sic], Pünktlichkeit und unermüden Fleiß soweit gebracht, um sich ein Haus – das er zum Betriebe seines umfanglichen Geschäfts haben musste – kaufen zu können.«<sup>122</sup> Der Bezug auf diese bürgerlichen Werte,

115 Polizeipräsident von Berlin an Polizeiverwaltung Erfurt, 6.7.1881, StAE 1-2/154-1, Bl. 35.

116 Polizeibericht vom 2.11.1889, StAE 1-2/124-3, Bl. 1f.

117 Tribüne, Nr. 161, 13.7.1907. Schrader sprach über die »geschichtliche Entwicklung der Sozialfürsorge«, Nehr Korn (Erfurt) über »Geschichte und Inhalt der Sozialpolitik und Arbeiterschutzgesetzgebung«.

118 Polizeibericht vom 9.5.1887, StAE 1-2/120-3, Bl. 78.

119 Bock, Im Dienste der Freiheit, S. 11. Dieses Leseabenteuer hat in der autobiografischen Literatur geradezu Topos-Charakter, vgl. zusammenfassend: Jochen Loreck, Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 159ff.

120 Nachdem die ausgewiesenen Reißhaus, Staupe und Erpel in Erfurt Arbeit gefunden hatten, wurden sie auch »seitens ihrer Arbeitgeber [...] als fleißige und ordentliche Arbeiter gelobt«, Polizeiverwaltung an den Regierungspräsidenten, 8.9.1881, StAE 1-2/124-1, Bl. 234f.

121 Genauso vehement wie die positiven Werte vertreten wurden, genauso vehemente Reaktionen folgten, wenn die Kommunikatoren diesen Erwartungen nicht entsprachen. Redakteur Gustav A. Rudi war im Juni 1905 »mit einer Weibsperson von hier in's Ausland gegangen und hat[te] seine Familie in hilfloser Lage zurückgelassen«. Geradezu wie ein Kommentar zu diesem Vorfall liest sich die Auseinandersetzung in der zwei Monate später stattfindenden Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins, in der der bisherige Vorsitzende meinte, viele seien »nicht würdig, Mitglieder der Partei zu sein«, Polizeiverwaltung an den Regierungspräsidenten, 2.7.1905; Polizeibericht vom 11.8.1905, ThSTA Gotha, Regierung zu Erfurt, Nr. 415, Bl. 90 und Bl. 96ff.

122 Flugblatt des sozialdemokratischen Vereins Erfurt, Februar 1890, StAE 1-2/120-3. Reißhaus und der Verein reagierten damit auf Vorwürfe, Reißhaus habe, nachdem er sich selbstständig machen musste, als Arbeitgeber die bei ihm beschäftigten Schneider und Schneiderinnen ausgebeutet.

die sowohl die Arbeitgeber ihren Arbeitern abverlangten als auch teilweise (Geschicklichkeit, unermüdlicher Fleiß) für weite Teile der Arbeiterschaft Gültigkeit beanspruchen konnten, machte damit die Vermittlung zu kleinen selbstständigen Handwerksmeistern, zu Handwerker-Arbeitern, zu ortsfesten gelernten Arbeitern und Arbeiterinnen wesentlich einfacher als zu unsteten und jugendlichen Berufsgruppen.

*Schließlich* errangen die Vermittler dadurch Kompetenz, Vertrauen und Anerkennung, dass sie kompromisslos ihr Leben für die von ihnen vertretenen Inhalte einsetzten. Viele von ihnen nahmen den Verlust ihres Arbeitsplatzes in Kauf, wenn sie im Betrieb ihre Kollegen ansprachen oder eine Partei- oder Gewerkschaftszeitung verteilten; prominente Arbeiterführer und die Journalisten der »Tribüne« gingen für ihre Überzeugung ins Gefängnis. Diese konsequente Haltung bestärkte innerhalb des sozialmoralischen Milieus die Anhänger von der Richtigkeit ihrer Beobachtungen über Herrschaft und Macht und konnte für die nur lose mit dem Milieu verkoppelte Arbeiterschaft solidarisiert wirken, während sie nach außen ins bürgerliche Lager abgrenzend wirkte und dort das Unverständnis über die im anderen Milieu vertretenen Haltungen nur verstärkte.

Die Artikulation und Umsetzung der sozioökonomischen Lage in ein erfahrbares Ereignis wie die Werks- und Streikversammlungen stellten für die Arbeiterschaft sowohl Bühne als auch ein Stück dar, an dem sie selbst teilnahm.<sup>123</sup> Die Vermittlung von Werten in einem kommunikativen Prozess verknüpften die im Betrieb, im Stadtviertel, in der Gewerkschaft und in der Partei vorhandenen Wahrnehmungen und Erfahrungen zu jenem Netzwerk, das ein sozialmoralisches Milieu ausmachte. Dennoch bleiben die Tatsachen, dass dieses Milieu nie die gesamte Arbeiterschaft erfassen konnte und dass das Parteimilieu wiederum nur begrenzt von dem gewerkschaftlichen »Mitglieder-Reservoir« profitieren konnte. Im ersten Fall trug die Ausgrenzung von ungelerten städtischen Arbeitern, von Landarbeitern und Arbeiterinnen beziehungsweise die mangelnde Attraktivität des Milieus für diese Gruppen zur begrenzten Reichweite bei. Im zweiten Fall stellten die besonderen Herausforderungen der politischen Sphäre und der politischen Arbeit die wesentliche Hürde dar, um sich über Wahlbeteiligung und die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hinaus im »linken« Milieu des 19. Jahrhunderts zu engagieren. Überhaupt profitiert – methodologisch betrachtet – der Erklärungs- und Beschreibungsansatz des Milieu-Konzepts davon, wenn er die Grenzen des jeweiligen Milieus sichtbar macht: Die innerhalb des Milieus homogenisierend und stabilisierend wirkenden Kräfte werden umso sichtbarer.

### III. SCHLUSS

Die chronologische Zweiteilung des Aufsatzes erweckt den Eindruck, als sei die Arbeiterbewegung in ihrer Entstehungsphase im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts ein zivilgesellschaftlicher Akteur, in der späten Phase des Kaiserreichs im Übergang zum 20. Jahrhundert eine durch Milieustrukturen und sozioökonomische Spannungslinien geformte Klassenbewegung gewesen. Zu einem gewissen Grad ist diese Beobachtung richtig. Immerhin hatten sich Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft in diesen rund fünfzig Jahren stark gewandelt. Zu Beginn des Kaiserreichs lebten weniger als 5 % der Bevölkerung in Städten mit mehr als hunderttausend Einwohnern; 1910 war dieser Anteil auf 21,3 % gestiegen. Immer mehr Menschen arbeiteten in Großbetrieben mit mehr als tausend Beschäftigten; 1907 gab es im Reich 478 solche Unternehmen, in denen fast 900.000 Menschen arbeiteten.<sup>124</sup> Anfang der 1860er Jahre war das allgemeine, gleiche, geheime

123 Vgl. *Christian Koller*, *Streikkultur. Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950)*, Wien/Berlin etc. 2009, S. 519ff.

124 *Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, S. 512 und 622.

Wahlrecht eine zentrale Forderung des ADAV gewesen; Wahlkämpfe fanden kaum statt, in Honoratiorenzirkeln wurden Kandidaten ausgewählt und von einer durch Zensusbestimmungen beschnittenen Wählerschaft ausgewählt. Um 1900 hatte sich dagegen ein politischer Massenmarkt ausgebildet mit ausgeprägten Wahlkämpfen, professionell organisierten Parteien in allen politischen Lagern und einem Wählerreservoir von über 14 Millionen Männern (1912), von denen sich rund 85 % beteiligten; über 4,2 Millionen Stimmen entfielen dabei auf die Sozialdemokratie.<sup>125</sup> Ein Vereins- und Organisationsnetz, das die Basis für ein sozialmoralisches Milieu schaffen konnte, befand sich sowohl in der Revolution von 1848/49 mit der »Arbeiterverbrüderung« und den ersten Gewerkschaften als auch in den 1860er Jahren mit ADAV, VDAV und Gewerkschaftsneugründungen noch in einem embryonalen Stadium. ADAV und VDAV zusammen hatten kaum mehr als 20.000 Mitglieder; vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte die Sozialdemokratie 1,1 Millionen, die Freien Gewerkschaften rund drei Millionen Mitglieder.<sup>126</sup> Unter diesen Bedingungen von Organisationsdichte, Massenmobilisierung und Partizipation waren die Ausbildung von Milieustrukturen und die damit mögliche Abgrenzung nach außen im Verlauf von einem halben Jahrhundert wesentlich fortgeschritten.

Doch auf der anderen Seite war die Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren bereits auf dem Weg zu einer Klassenbewegung und bildete Milieustrukturen aus; und die Sozialdemokratie im späten Kaiserreich wiederum forderte und förderte weiterhin zivilgesellschaftliche Normen und Verhaltensweisen innerhalb ihrer Anhängerschaft. Als in Nürnberg 1868 über die künftige programmatische Entwicklung gestritten wurde, setzten sich die klassenspezifischen Gesellschaftsanalysen gegen die liberalen Ansätze durch, die auf den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit setzten. Den im VDAV organisierten Vereinen und Mitgliedern hatte Bebel am 20. August 1868 mitgeteilt, dass auf dem kommenden Nürnberger Vereinstag unter anderem folgender Antrag eingebracht werden würde: »Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer der Arbeitswerkzeuge) bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit«; diese Anträge, zu denen auch der Grundsatz gehörte, dass die »Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden [muß]«, wurden in Nürnberg angenommen und führten zum Austritt liberaler Delegierter.<sup>127</sup> Die Milieubildung in den 1860er Jahren wiederum befand sich zwar noch in einem Anfangsstadium; aber über Vereinsaktivitäten, Feste, Symbole versuchte die frühe Arbeiterbewegung, über den eigenen Organisationsrahmen hinaus zu wirken und mit ihren Ideen und Werten eine aktive Anhängerschaft zu erreichen.

Schließlich hatte sich die Sozialdemokratie in der Spätphase des Kaiserreichs trotz Klassenkampfrhetorik und der Beschwörung des »großen Kladderadatsch« immer weiter in die Mitte der Gesellschaft bewegt, in (halb-)staatlichen Institutionen wie Gewerbeberichten oder Arbeitsämtern systemstabilisierende Funktionen übernommen und dennoch die Milieubindung bewahrt. Kein anderer symbolisierte diese Milieubindung besser als August Bebel. Nach der Jahrhundertwende längst zu einem wohlhabenden Polit-Star und zum »Kaiser der Arbeiter« geworden, behielt Bebel seine Glaubwürdigkeit, denn sein Auf-

125 Ritter, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, S. 208ff.

126 Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 37f.; Ritter, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, S. 189 und 200.

127 Mitteilungen an den Verband deutscher Arbeitervereine, 20.8.1868, in: Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, S. 33–37, hier: S. 36f.; Bericht über den Fünften Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg, Leipzig 1868, in: Dowe, Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine, S. [145]–[184], hier: S. [162]f.

stieg stand für den Aufstieg der gesamten Bewegung, er stand für die Sozialdemokratie ein: »Solange Bebel noch über die Grundanschauungen der Partei wacht, so lange darf man nicht befürchten, daß der Partei ernste Gefahren drohen«, meinte nach dem Dresdner Parteitag von 1903 ein Hamburger Arbeiter.<sup>128</sup>

Darüber hinaus forderte auch die Sozialdemokratie des Kaiserreichs zur engagierten Teilnahme auf:

»Eine der häßlichsten Angewohnheiten der Arbeiter ist es, nicht nur in großen politischen, sondern auch oft in Vereins-, Krankenkassen-, Konsum- und sonstigen Versammlungen, wo sie als gleichberechtigte Besucher zu gelten haben, wenn sie sich scheu in die Ecken und Winkel eines Saales drücken. Es erweckt immer den Anschein, als ob es ihnen noch an dem nötigen Selbstbewußtsein mangle, oder als ob sie sich schämen müßten, inmitten des Saales gesehen zu werden.«<sup>129</sup>

Keineswegs war das sozialdemokratische Organisationsmilieu dem »Gesetz der Oligarchie« unterworfen.<sup>130</sup> Vielmehr drängte die Arbeiterbewegung die Mitglieder des gesamten sozialen Milieus wiederholt zu mehr Engagement. Gerade hier lagen dann aber auch die Grenzen, die die Vielzahl der Mitglieder des sozialen Milieus nicht überschritten.

Ob es vor allem die Leistung der Integrationsfigur August Bebel war, die die Sozialdemokratie innerhalb des sozialdemokratischen Milieus zusammenhielt, muss offen bleiben. In einer Hinsicht hatte der unbekannte Hamburger Arbeiter 1903 allerdings recht gehabt. Nach Bebels Tod 1913 spaltete sich die Partei. Diese Spaltung innerhalb der Organisation bewirkte einen tiefen Riss innerhalb des sozialen Milieus der Arbeiterschaft. Radikalisierung, verursacht durch Krieg und Revolution, auch durch die Enttäuschungen, dass sich die großen Zukunftsentwürfe nicht verwirklicht hatten, vertiefte die Gräben im Milieu in den 1920er Jahren.<sup>131</sup> Die Nationalsozialisten vernichteten das Organisationsmilieu, ein Teil des sozialen Milieus zeigte sich anfällig für den Nationalsozialismus.<sup>132</sup> In der Nachkriegszeit dünnten grundlegende strukturell-gesellschaftliche Wandlungen – das Stichwort der Entproletarisierung soll hier genügen – das soziale Milieu aus.<sup>133</sup> Es waren jene rund fünf Jahrzehnte zwischen 1860 und 1914, in denen Zivilgesellschaft, sozioökonomische Spannungen und ein sich stark überlappendes soziales, sozialmoralisches und organisatorisches Milieu eine Basis für eine linke, demokratisch-sozialistische Politik – mit all ihren Widersprüchen und Grenzen – schufen, die es in dieser Konstellation nach 1914/18 nicht mehr geben sollte.

128 Polizeiprotokoll, 19.9.1903, in: *Richard J. Evans* (Hrsg.), *Kneipengespräche im Kaiserreich. Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892–1914*, Reinbek 1989, S. 273; zu Bebel vgl. jetzt auch *Jürgen Schmidt*, *August Bebel. Kaiser der Arbeiter*, Zürich 2013.

129 *Tribüne*, Nr. 288, 10.12.1907.

130 *Robert Michels*, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens* (1911), hrsg. und mit einer Einführung versehen v. *Frank R. Pfetsch*, Stuttgart 1989.

131 *Helge Matthiesen*, *Zwei Radikalisierungen. Bürgertum und Arbeiterschaft in Gotha 1918–1923*, in: GG 21, 1995, S. 32–64; *Dirk Schumann*, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001; *Andreas Wirsching*, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg. Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich*, München 1999; *Klaus-Michael Mallmann*, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996, S. 261 ff. und 381 ff.

132 *Michael Schneider*, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999; *Michael Wildt*, *Geschichte des Nationalsozialismus*, Göttingen 2008, S. 91 ff.

133 *Josef Mooser*, *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt am Main 1984; *Peter Alheit/Dietrich Mühlberg*, *Arbeiterleben in den 1950er Jahren. Konzeption einer »mentalitätsgeschichtlichen« Vergleichsstudie biographischer Verläufe in Arbeitermilieus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, Bremen 1990.